Einzelpreis 70 Heller.
(Einschließlich 5 Heller Porto)

Sozialdemokrat

Zentralorgan d. Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei i. d. Tschechoslowakischen Republik

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.
Redaktion u. Verwaltung: Prag II, Nekázanka 18 ◆ Teleph.: 26793, 31469, Nachtredakt. (ab 21 Uhr): 33558 ◆ Postscheckamt: 57544

12 Jahrgang. Samstag, 5. November 1932 Nr. 261.

Programmdebatte im Parlament:

In vorderster Kampffront für die Opfer der Krise

Rede des Genossen Pohl. — Kritik und Ergänzungen zum Regierungsprogramm

Prag, 4. November. In der heutigen Debatte über die Regierungserklärung streifte Genosse Pohl als Sprecher unserer Fraktion in fast einstündiger, von tiefem Ernst und ausgeprägtem Verantwortungsbewußtsein für das Schicksal der notleidenden Massen getragenen Rede das Koalitionsproblem, das von unserem Parteitag im Sinne einer weiteren positiven Mitarbeit in der Regierung entschieden worden ist, und legte dann in aller Sachlichkeit auseinander, was wir in der Regierungserklärung begrüßen, aber auch was wir für ungenügend erachten oder darin vermissen, bezw. präziser ausgedrückt haben möchten.

Nachdrücklichst zu unterstreichen sind namentlich seine Warnung vor weiteren leichtfertigen Angriffen auf das Lohnniveau unserer Arbeiter und die Forderung nach durchgreifender Lösung des Problems der Kartelle und des Zwischenhandels.

Beide sozialdemokratischen Parteien sind entschlossen, auf der Basis ihres gemeinsamen Aktionsprogrammes zum Schutz der Krisenopfer alle ihre Kräfte restlos einzusetzen und sich in der Erfüllung dieser schweren und undankbaren, aber auch einzig erfolgverheißenden Aufgabe durch keine Angriffe von links oder rechts beirren zu lassen. Das ging auch aus der Rede des Genossen Dr. Winter eindeutig hervor.

Einleitend erinnert Genosse Pohl an die Erklärung unseres Abgeordnetenklubs vom 18. Dezember 1929 nach unserem Eintritt in die Regierung, worin es u. a. heißt:

„Selbstverständlich haben wir bei unserem Eintritt in die Regierung an keiner Stelle einen Zweifel darüber aufkommen lassen, daß wir auf keine unserer programmatischen Forderungen, mögen sie auf das wirtschaftliche oder sozialistische oder auch national-kulturelle Gebiet fallen, verzichten, daß wir vielmehr auf die Durchsetzung unserer programmatischen Ziele im Rahmen der Regierungsmehrheit hinzuarbeiten entschlossen sind, es aber wohl verstehen, daß wir gerade im Hinblick auf den Charakter des Regierungssystems nur mit einer etappenweisen Erfüllung unserer Forderungen rechnen können."

Dieser Teil der programmatischen Erklärung gilt auch heute noch und auch gegenüber der Regierung, die jetzt gebildet worden ist.

Das Koalitionsproblem ist vom sozialistischen Standpunkt aus kein grundsätzliches, sondern ein taktisches. Es ist nirgends einfach und schon gar nicht in einem Staate wie dem tschechoslowakischen, mit seinen vielen Parteien und obendrein mit dieser Spaltung in Nationen.

Eine Koalition mit sieben oder acht wirtschaftlich und politisch verschieden eingestellten Parteien erfordert Opfer und stellt keine der Parteien zufrieden, denn das Ergebnis der Koalitionsverhandlungen können immer nur halbe Lösungen sein, die nirgends volle Befriedigung auslösen.

Wir haben uns auf unserem Parteitag entschlossen, in der Koalitionsregierung zu verbleiben, nicht nur aus innenpolitischen, sondern auch aus außenpolitischen Gründen. Wir sehen heute in Europa eine große Welle gegen die Demokratie, wir sehen Diktaturen und Halbdiktaturen entstehen. Nach diesen Erfahrungen zu schließen, dienen wir, vom Interessenstandpunkt der Arbeiterschaft aus gesehen, unserer Klasse, der deutschen Arbeiterschaft in diesem Staate innerhalb einer Koalitionsregierung doch noch besser als, gemessen an anderen Staaten, es sozialistische Parteien anderswo zu tun vermögen.

Trotz aller Schwierigkeiten, die wir von Anfang an nie verschwiegen haben, ist die Bilanz der dreijährigen Koalitionstätigkeit für die deutsche Arbeiterklasse immerhin noch so, daß wir mit ruhigem Gewissen beschließen konnten, in der Koalition zu verbleiben.

Budgetausgleichung.

Wir verstehen die Notwendigkeit dieser Forderung: wir können nicht eine Politik gutheißen, die mit dem passiven Budget beginnt und mit der Inflation endet, denn eine Inflation hat sich bis jetzt noch überall gegen die Arbeiterklasse, gegen die Armen gekehrt. Die Aufteilung der Belastung ist nicht ideal, dank des Erbes, das wir dem Bürgerblock zu verdanken haben. Es war nur zum Teil möglich, die für die Arbeiterschaft ungünstige Lastenverteilung gut zu machen, doch wir erwarten, daß diese Gutmachung in der neuen Regierung fortgesetzt werden wird.

Damit in Widerspruch steht scheinbar unsere Haltung zur teilweisen Deckung des Defizits durch Einsparungen im Personalbudget.

Es ist kein Geheimnis, daß wir uns nur schweren Herzens entschieden haben, der teilweisen Deckung des Defizits durch den provisorischen Gehaltsabbau der Staatsangestellten zuzustimmen. Wir hatten keine Wahl, ob Gehaltsabbau oder nicht, wir hatten nur die Wahl, welcher Gehaltsabbau durchgeführt werden soll. Und da nehmen wir für uns in Anspruch, daß ein Kompromiß gefunden worden ist, das die wirtschaftlich Schwächsten ausläßt und die Minderschwachen weniger betrifft als die andern!

Hadek (Komm.): Das „kleinere Uebel"!

Pohl: Ja, das ist für Menschen, die wie wir positiv für die Arbeiterklasse arbeiten wollen, sehr oft der entscheidende Grund für ihre Entschließungen. Daß das in Ihrem Lexikon nicht existiert, das weiß ich!

Das Erbe des Krieges bezeichnet die Regierungserklärung als eine der Hauptursachen unserer wirtschaftlichen Krisenzustände. Aber wir können nicht verschweigen, daß die Krisenzustände zum großen Teil auch auf

die falsche Handelspolitik der Tschechoslowakei

vom ersten Tag ihres Bestehens an zurückzuführen sind. Und wenn heute ein „Wirtschaftsführer", der Herr Preiß von der Zivno, erklärt, wir leben auf zu großem Fuß, dann trifft das wohl auf ihn und seinesgleichen zu, aber das dürfte er wieder nicht gemeint haben. Er will vielmehr diese Aeußerung auf die Lohnbildung und auf die sozialen Lasten angewendet wissen.

Da muß den Herren schon gesagt werden, daß die tschechoslowakische Wirtschaft nicht infolge der hohen Löhne darniederliegt, sondern daß wir von den maßgebenden Industrieländern die weitaus niedrigsten Löhne und die niedrigsten sozialen Lasten haben. In andern Ländern spricht man direkt von einem tschechoslowakischen Lohndumping, und tatsächlich steht der Lebensstandard unserer Arbeiter in Europa erst an elfter Stelle!

Für Arbeitszeitverkürzung!

Die Regierungserklärung erwähnt an einer Stelle, daß die

Hebung der Kaufkraft

notwendig sei. Wir hoffen, daß diese Erklärung zur Tat wird. Wir haben seit jeher bei jeder Gelegenheit betont, daß alle wirtschaftlichen Maßnahmen die Wirtschaft nicht anzukurbeln vermögen, wenn sie nicht auf die Hebung der Kaufkraft der breiten Massen abzielen.

Mit der Hebung der Kaufkraft muß aber gleichzeitig ein anderer Prozeß Hand in Hand gehen, das ist die Verkürzung der Arbeitszeit!

Alle Einwände von Seiten der Industrie, der Gewerbetreibenden und leider auch der Agrarier, nützen nichts: sie wird sich doch durchsetzen müssen. Wenn alle unsere Arbeitslosen und Kurzarbeiter morgen voll kaufkräftig würden, so wären wir doch nicht imstande, für alle Arbeit zu schaffen, angesichts der Verheerungen, die die Rationalisierung angerichtet hat. Heute erzeugen in der Tafelglasbranche 2500 Arbeiter fünfmal so viel Glas wie die 13.000 Arbeiter, die vor dem Krieg in dieser Branche ihr Brot fanden! Ebenso sieht es auch in vielen anderen Betriebszweigen aus.

Der technische Fortschritt ist heute so weit, daß für alle Menschen nicht mehr Arbeit für sechs Tage vorhanden ist. Es steht auch nirgends geschrieben, daß die Menschen sechs Tage arbeiten müssen, wenn die Arbeit zum allgemeinen Wohlstand und zur allgemeinen Kultur in fünf und eventuell in vier Tagen geleistet werden kann!

Dieses Problem erheischt eine Lösung! (Zwischenrufe Hadeks). Pohl: Ich kann Ihnen nur eins sagen, meine Herren Kommunisten: Eine Arbeitszeitverkürzung bis auf das Ausmaß der russischen Bergarbeiter, sechs Stunden und Ablösung vor Ort, das ist nach unserem Maßstab achteinhalb Stunden, das lehnen wir ab und dagegen werden wir uns mit allen Mitteln wehren! (Beifall.)

Pohl (fortfahrend): Gerade in dieser Richtung hätte die Regierungserklärung konkreter ausfallen müssen. Warnen müssen wir namentlich auch vor etwas, von dem nicht in der Regierungserklärung die Rede ist, von dem aber sonst viel gesprochen wird: Vor dem Rezept des Herrn Engliš, vor der „Angleichung" der Löhne, wie er es nennt! In Wirklichkeit ist es eine Herabsetzung der Löhne, die er damit bezweckt!

Die Gewinne des Zwischenhandels.

Genosse Pohl befaßt sich weiters mit dem Beispiel über die Disparität zwischen den landwirtschaftlichen und den industriellen Preisen — Roggen und Kohle — das die Regierungserklärung — unglücklicher- und unüberlegterweise — anführt. Warum spricht man nicht etwa von Fleisch und Eisen?

Ich will, erklärt Pohl, keinen Mißdeutungen ausgesetzt sein, daß ich die Preispolitik oder die Kohlenpreise verteidige. Aber ich weiß,

daß die Kohle im staatlichen Hedwigsschacht in Seestadtl Kč 7.80 kostet und daß dieselbe Kohle in Prag um 22 Kronen pro Meterzentner verkauft wird. Ich weiß aber weiter, daß der Lohnanteil der Bergarbeiter dabei 88 Heller pro Meterzentner beträgt. Darin sind nicht nur die Löhne der Bergarbeiter, sondern auch der Aufseher und Steiger bis zum Schichtmeister eingerechnet.

Hadek: Bis zum Pohl hinauf!

Pohl: Das ist schon zu dumm. Was wollen Sie eigentlich?

Grünzner: Das sind doch wirklich keine Argumente!

Müller: Der gehört ins Narrenhaus!

Pohl: Es ist schon seit langem eine Aktion zur Herabsetzung der Kohlenpreise im Zuge, die auf eine Herabsetzung der Löhne abzielt. Deshalb habe ich eben meine Bedenken gegen das vom Ministerpräsidenten zitierte Beispiel geäußert, weil davon leicht ein Mißverständnis ausgehen könnte.

Als Genosse Pohl weiter feststellt, daß die Lohnkosten im Steinkohlenbergbau seit 1921 um mehr als die Hälfte gesunken, die Leistung aber um 70 Prozent gestiegen ist, wogegen sich auch die Zahl der Unfälle auf 1000 Beschäftigte von 30 auf 80 erhöht hat, mischt sich wieder Herr Hadek drein und geht die Sozialdemokraten an, daß sie trotzdem gegen den beabsichtigten Bergarbeiterstreik seien.

Im Laufe eines scharfen Wortgefechtes, an dem sich eine Reihe unserer Genossen beteiligen, stellt Pohl unter dem Beifall unserer Genossen fest, daß in Nordwestböhmen der Lohn immerhin um zwölf Kronen pro Schicht höher ist als im kommunistischen Kladno, ja daß hier die ohnedies niedrigen Löhne noch um 3.5 Prozent abgebaut wurden. In Kladno haben die Kommunisten aber nicht versucht zu streiken, dagegen wollen sie in Nordwestböhmen wegen Kladno in den Streik treten!

Wir haben, erklärt Pohl weiter, volles Verständnis für die Lage der Landwirtschaft. Aber dennoch braucht der Roggenproduzent heute seine Kinder noch nicht hungrig zur Schule zu schicken, wie der kurzarbeitende Bergmann, der fünfzig bis 60 Kronen nach Hause bringt und davon eine Familie ernähren soll! Der Vergleich zwischen Roggen und Kohle hinkt also auf der ganzen Linie, ja er ist gefährlich!

Vor einem furchtbaren Winter.

An Hand der letzten Außenhandelsziffern zeigt Redner weiter, daß unsere Ausfuhr gegenüber 1929 um 60, und, wenn wir schon die Preissenkung in Betracht ziehen, immerhin noch um 15 Prozent zurückgegangen ist. Die Arbeitslosigkeit hat infolge dessen einen außerordentlich hohen Grad erreicht und weist noch immer eine stark steigende Tendenz auf.

Wir stehen vor einem furchtbaren Winter, dem dritten Krisenwinter, und die Not unter den Arbeitslosen ist entsetzlich.

Es gibt Arbeitslose, die seit Jahren keine Arbeit finden können, zu Hunderten, ja zu Zehntausenden. Wenn Sie in die Wohnungen dieser armen Menschen kommen, so finden Sie nichts mehr, keinen

(Schluß auf Seite 2)

Unsere Kritiker.

Freundlichkeit und Anerkennung haben wir bei der Beurteilung unseres Parteitages selbstverständlich von unseren bürgerlichen und kommunistischen Gegnern nicht im entferntesten erwartet. Der Parteitag war, bei aller Offenheit im Austausch der Meinungen über taktische Fragen, ein so sichtbares Zeichen der ideellen Einigkeit, der Kraft, Gesundheit und Geschlossenheit unserer Organisationen und des Vertrauens der Parteimitgliedschaft zu den von ihr erwählten Vertrauensmännern, daß jene, die seit Jahr und Tag sich nicht entblöden, von dem unaufhaltsamen Zersetzungsprozeß der Sozialdemokratie zu faseln, sich durch den Ablauf des Parteitages in größte Verlegenheit versetzt sahen. Der Aerger darüber läßt sie die tollsten Bocksprünge machen und — was ihrer Geistigkeit noch viel näher liegt — ihre Schimpfschleußen öffnen. Man fragt sich nur: wenn die Sozialdemokratie nach Meinung unserer Gegner im „Verwesen" ist und eine Politik betreibt, die ihr die Arbeiter abwendig macht — wozu dann die Aufregung?

Unter denen, die über den Verlauf unseres Parteitages enttäuscht sind, befinden sich die Deutschnationalen. In ihrer „Sudetendeutschen Tageszeitung" fassen sie ihr Urteil dahin zusammen, die deutsche sozialdemokratische Partei sei schlecht geführt. Anerkennung finden nur jene Redner auf dem Parteitage, die über die Beibehaltung des gegenwärtigen Kurses Bedenken vorbrachten, ihnen wird das Zeugnis ausgestellt, daß sie „es sicherlich mit den deutschen Arbeitern ehrlich meinen" — ein Lob, das diese Genossen, von solcher Seite geäußert, mit Verachtung zurückweisen werden. Der Parteiführung dagegen wird nachgesagt, daß ihr an gar nichts liege als daran, sich in die „wohlige Regierungslaube" hinüberzuretten und daß ihre Politik nicht dem Willen und Wollen des Großteils „unserer irregeleiteten" Arbeiter entspricht. Man braucht sich bei diesen Ausbrüchen des Hasses und der Niedertracht nicht länger aufzuhalten, sie beweisen, wie unmöglich es unseren Gegnern ist, unsere Parteimitgliedschaft anders als ihre eigene einzuschätzen, und unmöglich auch, eine andere als die eigene dreckige Gesinnung beim politischen Gegner vorauszusehen. Im übrigen wäre es müßig, mit einer Partei über richtige Parteiführung zu streiten, die von ihren Führern auf ein Nichts heruntergewirtschaftet worden ist und von der längst nur mehr einige Feldwebel ohne Mannschaft übriggeblieben sind.

Von der ihnen eigenen Präpotenz ist auch das Urteil der deutschen Nationalsozialisten über unseren Parteitag diktiert. Der Parteitag sei eine Orgie in Worten gewesen. Läßt sich der „Tag" vernehmen. Offenbar ist es dem Blatte fremd, daß Delegierte auf einem Kongreß zusammenkommen, um hier ihre Auffassungen über den richtigen Weg der Partei auszutauschen und in der Tat geht es bei den Nazis anders zu: die Statisten da müssen gewissermaßen mit der Hand an der Hosennaht die Reden ihrer „Osafs" anhören, müssen stumm bleiben und dürfen ihren Führern nur Weihrauch streuen. Die Rede Dr. Czechs habe, so meint der „Tag", nichts Positives gebracht. Natürlich, wer könnte es mit den Offenbarungen, die regelmäßig von den Lippen der nationalsozialistischen Primadonnen fließen, aufnehmen! Unbegreiflich erscheint dem nationalsozialistischen Organ, daß der Parteitag der Führung das Vertrauen ausgesprochen habe, obwohl diese bei der Frage des Abbaues der Staatsangestelltengehälter einer „Orgie des Prinzipienverrates" sich schuld gemacht habe. Diese Orgie des Prinzipienverrates besteht darin, daß es die Staatsangestellten den sozialdemokratischen Parteien — und nur diesen allein! — zu danken haben, daß es bei dem ursprünglichen Trapl-Plan der linearen

Parteitag der Radikalen.

Toulouse, 4. November. (Tsch. P.-B.) Als letzter Redner in der gestrigen Eröffnungssitzung des Kongresses der radikalen Partei ergriff nach dem Deputierten des linken Flügels Bergery, der die inländische und auswärtige Regierungspolitik einer Kritik unterzog, der Obmann der Partei Ministerpräsident Herriot das Wort.

Herriot verteidigte die französische Politik der Gesundung der Finanzen und die Politik der Organisierung des Friedens. Ich werde nicht zulassen, so sagte er, daß Sicherheit und Abrüstung von einander getrennt werden. Frankreich bietet aufrichtig allen Völkern seine Mitarbeit an, auch Deutschland, dem es bereits wiederholt Beweise seines bestens Willens gegeben hat. Frankreich, das im Kriege die furchtbarsten Schäden erlitten hat, hat ein Anrecht darauf, Garantien zu fordern. Herriot fuhr fort, er werde unabänderlich seine bisherige Politik der Wahrung und Respektierung der Verträge fortsetzen.

*

Der Kongreß sprach sodann Herriot und der Politik der Regierung einmütig das Vertrauen aus.

Kürzung der Bezüge um fünfzehn Prozent nicht geblieben ist, daß die Kleinsten von ihr ausgenommen wurden und bei den höheren Kategorien eine soziale Staffelung vorgenommen wurde. Wenn das eine Orgie des Prinzipienverrates ist, wie soll dann das Verhalten der Nazis benannt werden, deren Politik den Staatsangestellten noch nicht eine einzige Krone eingetragen oder vor dem Verluste bewahrt hat! Der Rest der Auslassungen des „Tag" ist der Beschimpfung der Sozialdemokratie als einer vor dem kapitalistischen Götzen auf den Knien liegenden Partei gewidmet. Es genügt, festzustellen, daß das von einer Partei gesagt wird, deren Ober-„Osaf" bei den Spitzen der Schwerindustrie diniert, herumschnorrt und aus ihren Stahlgepanzerten das Geld zur Erhaltung seiner Revolver- und Knüppelgarde erhält, um den Grad der Heuchelei einer Partei zu erkennen, die nun auf einmal nach einer sehr dunklen Vergangenheit demagogisch „antikapitalistischer" als die Sozialdemokratie sein möchte.

Keinerlei Ueberraschungen hat der Parteitag, so versichern sie, den Kommunisten gebracht, denn so malt sich in ihrem Kopfe das Wesen unserer Parteitagsdelegierten: sie hatten die Funktion „zu reden und dann die Hand zu erheben für das, was die Führer auch ohne sie getan hätten". Haargenau ist da die Funktion der Barrierestöcke, wie sie auf den kommunistischen „Parteitagen" zusammenkommen, auf unsere Parteitagsteilnehmer übertragen. Eine Partei, die lediglich willenlose Kreaturen duldet, erscheint uns nicht geeignet, uns mit ihr über Parteidemokratie zu unterhalten. Ganz selbstverständlich erscheint uns, daß die Kommunisten mit dem was durch die Regierungspolitik von den sozialdemokratischen Parteien erreicht wurde, unzufrieden sind, denn wo und wann wäre es jemals geschehen, daß die Kommunisten das, was die Sozialdemokraten für die Arbeiterschaft durchsetzen, nicht zu verkleinern und verächtlich zu machen gesucht hätten! Wenn sie aber demgegenüber auf Sowjetrußland verweisen, das sie als Paradies der Arbeiter preisen, so muß ihnen geantwortet werden, daß es in der ganzen Welt keine Arbeiterschaft gibt, deren Rechte geringer wären, die schlechtere Lohnverhältnisse hätte und um deren Bekleidung und Verpflegung elender gesorgt ist, als um die russische. Mit diesem Schwindel ist es also nichts und ebensowenig mit der Einbildung, jene unserer Parteimitglieder, die verschiedene Bedenken gegen die bisherige Parteitaktik haben, würden nunmehr, da der Parteitag mit großer Mehrheit die Fortführung der bisherigen Politik beschlossen hat, geneigt sein, sich von den Kommunisten aufs Eis führen zu lassen.

Die Aeußerungen unserer Gegner über den Parteitag zeichnen sich neben ihrer Giftgeschwollenheit durch eine besondere Armseligkeit aus. Sie sind sich alle auch darin einig, uns zuzureden, doch endlich aus der Regierungsmehrheit auszuscheiden. Nun pflegen wir aber unsere Politik nach unseren Erkenntnissen und nicht nach den Ratschlägen unserer Todfeinde einzurichten und so wird es auch in Zukunft bleiben, obwohl uns bewußt ist, daß wir dabei das Mißfallen unserer Gegner erregen, die es gerne sehen möchten, wenn wir das Feld zugunsten einer Bürgerregierung oder eines Beamtenkabinetts räumen würden, worauf die Ausplünderung und Verelendung der Arbeitermassen erst recht in die Wege geleitet werden könnte.

Uns tröstet dabei der Gedanke, daß wir bei unseren Gegnern auch nach Verlassen des jetzigen Kurses nicht mehr Gnade finden würden als bisher.

Die Rede des Genossen Pohl.

(Schluß von Seite 1)

Hausrat, keine Kohle, oft nicht einmal ein Bett, keine Kleidung und keine Nahrung. Das sage ich unter voller Verantwortung: Die Gemeinden und Bezirke sind fertig. Sie konnten in den letzten zwei Jahren manches zur Krisenmilderung beitragen, jetzt sind sie am Ende ihrer Kräfte.

Das deutsche Gebiet in diesem Staat ist doppelt von der Krise betroffen, denn die Arbeitslosigkeit ist in den deutschen Gebieten doppelt so groß als in den andern. Das liegt in der Hauptsache in der Wirtschaftsstruktur des Landes, denn die deutschen Gebiete sind der Sitz der Exportindustrie.

An die Adresse der Agrarier.

Nach einem neuen scharfen Wortgefecht mit den Kommunisten faßt Genosse Pohl

unsere Forderungen nach planmäßiger Regelung und Kontrolle der Wirtschaft

zusammen. In diesem Zusammenhange polemisiert er gegen die gestrige Rede des neuen Landwirtschaftsministers Hodža auf der Prager Agrarkonferenz, wo er erklärt hat, die unkontrollierte freie Konkurrenz und die Spekulation müßte aufhören, aber nur bei der Industrie. In der Landwirtschaft will er den „Individualismus" voll gewahrt sehen, weil dort der persönlichen und der Klassenfreiheit bereits Grenzen gezogen seien durch die Rücksicht auf die anderen Klassen und durch das Genossenschaftswesen.

Da scheint der Herr Minister vorher nicht mit dem Abgeordneten Dubicky und dem Senator Brany gesprochen und auch nicht den „Večer" vom Abend vorher gelesen zu haben, die alle für die Arbeitslosen nicht mehr und nicht weniger als die Zwangsarbeit fordern.

Ich will den Agrariern folgendes sagen: Wenn sie der Ansicht sind, daß staatliche Leistungen mit Zwangsarbeit honoriert werden müssen, dann müssen aber auch die agrarischen Subventionen und Zuwendungen aller Art in gleicher Weise mit Zwangsarbeit sanktioniert und abgezahlt werden! Dann werden — davon bin ich überzeugt — die Arbeitslosen nicht den kürzeren ziehen!

Aber in dieser demagogischen Art gegen die geringfügige, vollkommen unzureichende Arbeitslosenunterstützung, gegen diese unschuldigen Krisenopfer zu schreiben, die ohne ihre Schuld in dieses verdammenswerte Los getrieben worden sind, diese ununterbrochene Hetze von dem „Hinauswerfen" und „Verschleudern" der Staatsgelder, von der Verschärfung der Kontrolle und der Zwangsarbeit, das ist unüberlegt, unsachlich und unwahr, gehässig und feindlich!

Ich möchte den Herrn Minister Hodža noch ersuchen aufzuklären, wie er die schöne Phrase gemeint hat: Freiheit der anderen Klassen! Hat er dabei auch an die agrarischen Forderungen gedacht, die am 7. September aufgestellt wurden? Hier ist auf die anderen Klassen verdammt wenig Rücksicht genommen worden.

Sie reden von früh 7 Uhr bis abends 9 Uhr vom Sparen, aber nur vom Sparen bei den anderen zu Ihren Gunsten. Das ist kein Sparprogramm, das ist Heuchelei und Demagogie! (Zwischenrufe Dubickys.)

Wenn ich eingangs von den Schwierigkeiten unseres Koalitionswesens gesprochen habe, so habe ich noch unterlassen zu sagen, daß die natürlichen Schwierigkeiten dieser Koalitionsregierung in den letzten Jahren noch dadurch vergrößert worden sind, daß die führenden Koalitionsparteien bei ihren Verhandlungen nicht sehr seriös waren. Ich kann da nur der Hoffnung und dem Wunsche Ausdruck geben, daß sich diese Dinge bessern und daß sie in Hinkunft vermieden werden!

Die Kartellwirtschaft.

Noch in einem Punkte erscheint uns die Regierungserklärung ungenügend, dort nämlich, wo sie von der Bekämpfung der Kartelle und des Zwischenhandels spricht.

Das Beispiel von der Kohle, wo der Zwischenhandel den Löwenanteil des Preises einsackt, wäre noch um sehr viele zu vermehren. (Lärm.) Wenn es da heißt, die Regierung beabsichtige keine Maßnahmen, welche die „ordentliche" Unternehmertätigkeit, ob in der Produktion, ob im Handel, auf irgendeine Weise bedrohen würden, so hebt diese Erklärung die frühere, daß der Einfluß der Kartelle und die Tätigkeit des Zwischenhandels überprüft werden soll, wieder auf. Wir müssen bitten, daß man nicht bei dieser Erklärung bleibt, sondern daß man diese Forderung des Regierungsprogrammes auch konsequent durchführt!

Unsere Forderungen:

Genosse Pohl zählt dann unsere weiteren bekannten Forderungen nochmals auf, um aufzuzeigen, in welchem Sinne sich die Regierungstätigkeit nach unserem Wunsche abwickeln soll. Es sind dies:

Verbesserung des Gesetzes über die Exportkredite, Erlassung eines Kartellgesetzes, Evidenz und Regulierung des Arbeitsmarktes, in der Krise eine besonders dringende Notwendigkeit, die — wieder nur aus Rücksicht auf eine einzelne Partei — in der früheren Koalition nicht vorwärts gekommen ist. Ferner: Verkürzung der Arbeitszeit auf 40 Stunden in der Woche, Durchführung des vorgesehenen Investitionsprogrammes, Ausschreibung einer Investitionsanleihe, Investitionsumlage für die Selbstverwaltungskörper, Verabschiedung des Wohnungsgesetzes, produktive Arbeitslosenfürsorge und Beitrag der Unternehmer für die Arbeitslosen. Wir sind ja das einzige Land in Mitteleuropa, wo die Unternehmer für die Krisenopfer nicht einen Heller aufgebracht haben, trotz aller Bemühungen und Anträge des Fürsorgeministeriums an die letzte Regierung.

Stabilisierung der Preise der landwirtschaftlichen Produkte, die Neuorientierung der Landwirtschaftspolitik, wirtschaftliche, genossenschaftliche und politische Zusammenarbeit mit dem industriellen Proletariat sind unsere Forderungen an die landwirtschaftlichen Kreise.

Wir sind gegen die weitere Ueberwälzung der Belastung auf die Besitzlosen, für Ersparnisse im Staatsbudget, für grundlegende organisatorische Aenderungen in der Staatsverwaltung, in der Armee und in den staatlichen Unternehmungen. (Zwischenrufe.) Das ist ein Programm, auf das sich die deutsche und die tschechische sozialdemokratische Arbeiterpartei geeinigt hat. Es ist unser Programm, hinter dem wir stehen, für das wir arbeiten und alle unsere Kraft einsetzen werden! (Beifall.)

Wenn die Regierung weiter versichert, daß ihre Außenpolitik dem Schutze und der Festigung des Friedens sowie der politischen und wirtschaftlichen Verständigung der Völker dienen soll, so erklären wir, alles daransetzen zu wollen, damit hinter diesen Worten der ernste Wille und die aufrichtige Bereitschaft zum praktischen Handeln in diesem Sinne stehe. (Zwischenrufe des Abg. Hassold.) Pohl: Wir sprechen von unserer Einstellung, Herr Doktor!

Als eine der wichtigsten Voraussetzungen zur Befriedigung der politisch und wirtschaftlich zerklüfteten Welt sehen wir den ehesten und entschlossenen Abbau der Rüstungen an, der infolge der damit verbundenen Herabsetzung des Militäraufwandes auch zur Lösung der finanziellen Probleme wesentlich beitragen würde.

Wir sind uns dessen bewußt, daß eine wirksame Abrüstung nur möglich ist durch internationale Vereinbarungen, wir wissen aber auch, daß diese nur zum Ziel führen können, wenn jeder einzelne Staat zum Abbau des eigenen Militarismus bereit ist. Wir fordern daher, daß die mit der Verkürzung der Dienstzeit eingeleitete Politik konsequent weitergeführt werde.

Auf weitere Zwischenrufe Dr. Hassolds gibt ihm Pohl den freundschaftlichen Rat, zu General Schleicher zu gehen, wenn er von Abrüstung reden wolle; Hassold stehe Schleicher jedenfalls näher als wir.

Abschließend stellt Genosse Pohl fest, daß wir uns der Grenzen, die unserer Wirkungsmöglichkeit in der Koalition gesetzt sind, bewußt sind. Das darf und wird uns aber nicht hindern, in Fortführung der treuen Gemeinschaft mit der tschechischen Sozialdemokratie den Interessen der Arbeiterklasse mit dem Einsatz aller Kräfte zu dienen. Wir schützen und erhalten damit die physische und moralische Kraft der Arbeiterklasse im Krisensturm und bereiten damit den kommenden Sieg des Proletariats vor. (Starker, langanhaltender Beifall.)

*

Widerliches Verhalten der Kommunisten.

Von einem beispiellosen Tiefstand war das Verhalten der Kommunisten unter Führung Hadeks, die sich zwar alle anderen Redner ohne Unterschied der Partei gleichmütig und in aller Ruhe anhörten, dem Genossen Pohl aber bei jeder Gelegenheit die gemeinsten und gehässigsten Zwischenrufe machten. Lange Zeit reagierten unsere Genossen überhaupt nicht oder nur mit einem kurzen Zuruf auf das fortgesetzte Gekläffe von kommunistischer Seite, zumal Genosse Pohl den Hadek gleich zu Beginn ein paarmal treffend zurechtwies. Schließlich riß unseren Genossen angesichts der ständig fortgesetzten Provokationen, die von einem unglaublich niedrigen Niveau der Moskau-Jünger zeugten, endlich auch einmal die Geduld. Sobald wieder ein Kommunist aufmuckte, wurde er sofort durch schlagfertige Zurufe zugedeckt. Es bedurfte des ganzen Einflusses einiger Genossen, die auch angesichts der unerhörten Dreistigkeit der Kommunisten kaltes Blut bewahrten und sich nicht provozieren ließen, um zu verhindern, daß ein oder der andere von den Kommunisten nicht einen ordentlichen Denkzettel bekam. Immerhin kam es mehrfach zu turbulenten Szenen.

Schier unvermeidlich schien eine handgreifliche Lektion, als die kommunistischen Kläffer auch nach Schluß der Rede Pohls noch keine Ruhe geben wollten und Hadek persönliche Verleumdungen ordinärster Art dem Genossen Pohl ins Gesicht schrie. Ums Haar hätte dabei Herr Hadek die wohlverdiente Ohrfeige erwischt, zu der Pohl schon die Hand erhoben hatte.

Unfruchtbare Kritik.

Die heutige Debatte wurde von nicht weniger als 14 Rednern bestritten, die zum größten Teil dem Lager der Opposition angehörten. Fast jeder dieser oppositionellen Redner verdammte die jetzige Regierung und die gesamte Regierungskoalition in Grund und Boden hinein, ließ an dem Regierungsprogramm kein gutes Haar und machte die Koalition einfach für die Weltkrise voll und ganz verantwortlich. Ein besonderes Fressen war für diese Herrschaften namentlich der bevorstehende Gehaltsabbau. Demagogie in Reinkultur wurde da literweise frisch vom Faß verzapft. Ein konkretes, durchführbares Programm, wie das Milliardendefizit anders zu decken wäre und wie man aus den leeren Staatskassen weiter die unverminderten Gehälter auszahlen könnte, ohne zur Notenpresse zu greifen und damit eine Inflation heraufzubeschwören, deren Ende niemand absehen könnte, entwickelte aber keiner von all den Oppositionsrednern.

Einer der ersten Redner war Knirsch, der aus dem Regierungsprogramm auch eine Einschränkung der Arbeitslosenunterstützung herausliest, von „sozialer Bankrotterklärung" spricht und auch sonst mit den stärksten Ausdrücken herumwirft.

Hlinka packte alle seine urältesten Schlager aus und griff den anwesenden Schulminister Dérer wegen der angeblichen Zurücksetzung der Slowaken im Schuldienst heftig an. Hlinkas Klubkollege Onderko schrie den Minister einigemale so laut an, daß dieser schließlich die Geduld verlor und von der Ministerbank aus feststellte, daß noch nie so viele Slowaken ernannt wurden wie gerade jetzt.

Später reagierte Frau Zeminova (tschech. Nat. Soz.) auf die Angriffe Hlinkas und nannte die Slowaken unter schweren Tumulten gewissenlose Ehrabschneider, wenn sie die Anwürfe gegen Klofač wegen der versuchten Brandstiftung in der Druckerei des „Slowak" nicht endlich einstellten. Hlinka verlangte darauf vom Kammerpräsidium die Erteilung einer Rüge an Frau Zeminova.

Von deutscher Seite üben weiters Kunz (Christlichsoz.), Dr. Schollich (D. Nat.) Jellinek (ABG) und Eckert (Gew. Part.) mit großem Aufwand an Phrasen unfruchtbare durchwegs negative Kritik an dem Regierungsprogramm.

* * *

Eine Rede von Format war dagegen die Rede des tschechischen Genossen Dr. **Winter**, der sich mit den Schwierigkeiten einer Koalitionsregierung sachlich auseinandersetzte und sich gegen die bisher so oft praktizierte Politik des untätigen Zuwartens aussprach. Das neue Regierungsprogramm kündigt eine Aktivität der Regierung an, die nur zu begrüßen sei. Für die Diktatur des starken Mannes sind weder die subjektiven Voraussetzungen noch die objektiven Bedingungen gegeben. Jeder Versuch der Diktatur der einen oder anderen Klasse müßte zum Bürgerkrieg führen. Das Budgetdefizit muß ausgeglichen werden; allerdings brauchen wir uns nicht gleich für verloren zu halten, wenn dies nicht sofort zu 100 Prozent geschieht. Schluß gemacht werden muß aber bedingungslos mit jeder Subventionspolitik. Auch in der Abrüstungsfrage können wir nicht warten, was die anderen tun werden, sondern müssen uns selbständig entscheiden.

*

Entgegen den ursprünglichen Dispositionen sah das Präsidium von einer Sitzung am Samstag ab. Die Debatte soll erst am Dienstag nachmittags weitergeführt werden. Deshalb wurde auch die für Dienstag angesetzte Sitzung des Außenausschusses, in der Dr. Beneš ein außenpolitisches Expose erstatten will, von Dienstag auf Montag nachmittags vorverlegt.

Konstituierung der Budgetkommission.

Dem in der ersten Sitzung des Ministerrates geäußertem Wunsch der Regierung entsprechend, hat der Vorsitzende des Budgetausschusses Dr. Černý Freitag die Vertreter der Koalitionsparteien zu einer Sitzung eingeladen, in der beschlossen wurde, die Anträge in Verhandlung zu ziehen, die auf die Herabsetzung der Budgetausgaben und die Erreichung des Budgetgleichgewichtes im Staatshaushalt abzielen. Der Ausschuß wird die einzelnen Budgetposten einer Ueberprüfung unterziehen und mit dem Finanzministerium bei der Zusammenstellung des Budgets für das künftige Jahr zusammenarbeiten.

Der Kommission gehören die Abgeordneten Dr. Černý, Remeš, Bergmann, Dr. Rosek, Genosse Hackenberg, Dr. Hodač und Windirsch an. Weitere Sitzungen werden in der nächsten Woche stattfinden.

Mährisch-schlesischer Landesausschuß.

Brünn, 4. November. Zu Beginn der heutigen Sitzung des mährisch-schlesischen Landesausschusses teilte der Vorsitzende, Landesvizepräsident Böhm, mit, daß er vom Innenministerium mit der vorläufigen Führung des Landesausschusses betraut wurde. Der Landesausschuß genehmigte sodann die Jahresabrechnung mehrerer Bezirke für 1931 und die Anleihen verschiedener Bezirke und Gemeinden. Aus dem Meliorationsfonds wurden eine Reihe von Bezirks- und Gemeindebeiträgen bewilligt. Schließlich erledigte der Landesausschuß eine Reihe laufender Angelegenheiten.

Die Herbstsession der böhmischen Landesvertretung wurde gestern geschlossen. Nach einer Reihe von Abstimmungen, bei welchen die Agrarier einigemal mit ihren Anträgen in der Minderheit blieben, beantwortete Vizepräsident Srom einige Anfragen. Die nächste Session der böhmischen Landesvertretung wird Mitte Dezember einberufen werden.

Litauischer Schriftsteller

von Nazis überfallen.

Kowno, 4. November. (Elta.) Am 30. Oktober l. J. wurde in Tilsit in Ostpreußen der bekannte litauische Schriftsteller und Philosoph Vidunas von Nationalsozialisten überfallen und mißhandelt. Der Zustand des Verletzten ist überaus ernst.

IRMGARD KEUN:

Gilgi eine von uns

39)

„Ja, da haben wir eben geheiratet. Ich freute mich auch sehr über unsere eigene Wohnung und alles — war alles wunderschön — und man kam sich als junger Bengel mächtig gehoben vor, wenn man so sagen konnt': meine Frau. Und die Hertha war doch Sekretärin bei Brandt & Co., verdiente recht gut — na, und mein Gehalt dazu —! Wir konnten herrlich auskommen. Und Hertha wollt' ihre Stelle behalten die nächsten zwei Jahre, bis ich genug verdiente für uns beide. Aber dann kam das erste Kind, und da hat sie lange Zeit mit so ner ekligen Brustgeschichte zu tun gehabt. Und dann ging unsere Firma pleite — monatelang lief ich rum ohne pas. Und die Wohnung mußten wir aufgeben und sind in 'ne Dachkammer hinten in der Friesenstraße gezogen. Und so eine gute Frau, die Hertha, Gilgi! — nie geklagt, nie gejammert. Und die schwerste Zeit war auch die schönste — da hab' ich gelernt, was es heißt, wenn ein Mensch wirklich zu einem gehört. — Ich kam dann bei einer Versicherungsgesellschaft unter als Agent — das lag mir nicht gleich, so hartnäckig und intensiv auf Leute einzureden — aber man kann's sich in unserer Zeit wirklich nicht leisten, daß einem irgendwas nicht liegt. Ich gab mir furchtbare Mühe — aber als ich gerad' anfing, in die Sache hineinzuwachsen, wurd' ich schon wieder entlassen. Und die Hertha bekam's zweite Kind. Wir haben uns doch so lieb. Wie furchtbar das ist, Gilgi, daß man sich nur Unglück bringt, wenn man sich lieb hat. Die Hertha allein wär' weitergekommen, und ich allein wär' auch weitergekommen. Und zusammen ist man verloren und aufgeschmissen. Und ist verbunden auf Gedeih und Verderb, und wenn man auseinandergehn wollt' — da krepierte man dran. — Müßt' keine Liebe auf der Welt geben, Gilgi."

„Müßt' keine Liebe auf der Welt geben, Hans."

„Ja, ich bin gerannt von Pontius zu Pilatus, war Gehilfe in 'ner Garage, Aushilfskellner in 'nem Gartenlokal. Hab' Adressen geschrieben und Zeitungen ausgetragen. Einmal bekam ich ein gutes Angebot für Holländisch-Indien — konnt ich ja nicht annehmen. Dann mal wieder Vertreter für 'ne Wäschefabrik — und wieder für 'ne Zeitlang Wohlfahrtsempfänger. Hätt' auch mal 'ne anständige Sache als Filialleiter haben können — wenn ich viertausend Mark Kaution gehabt hätt' — hatt' ich natürlich nicht. Und wieder mal mit Staubsaugern von Haus zu Haus gezogen — und jetzt mit Bohnerwachs. — Du — wer das nicht selbst durchgemacht hat, weiß nicht, wie das ist. Wie ein Verbrecher wird man behandelt, wie ein ganz gemeiner Verbrecher. Das knallt dir die Tür vor der Nase zu — das sieht dich so böse und feindselig an — und man läuft und läuft und läuft, und oft deckt der Verdienst eines Tages noch nicht mal die Kosten für abgelaufene Schuhsohlen. — Aber — man hat ja verflucht die Pflicht — nicht den Mut zu verlieren, nicht wahr?" Hilflos zuckt es um seine Mundwinkel — „und es wird ja wohl auch wieder mal besser?"

Und er sieht Gilgi an, will sich ein Ja aus ihr herauslesen — und plötzlich fällt sein Kopf vornüber auf die Tischplatte, und die Schultern zucken, sein ganzer Körper schüttert — der weint, mein Gott, der weint — ein krächzender Schluchzton kommt aus seiner Kehle — noch einer, noch einer — das kann man nicht hören, das kann man nicht sehen — einen Mann, der weint. Und das Schluchzen — mein Gott — Gilgi ist aufgesprungen, lehnt kreideweiß an der Sessellehne — hör' auf, ich kann das nicht hören — der schluchzt so furchtbar — ich werde wahnsinnig, ich spring aus dem Fenster, wenn er nicht aufhört . . . Und nun hebt er den Kopf, das Weiße in seinen Augen ist rot durchädert — — — „das — wird — nie mehr besser, Gilgi — ich fühl', daß das nie mehr besser wird. Und das halt' ich nicht mehr aus — einfach nicht — mehr — aus — wenn ich über die Straße geh' — und seh' so dicke rotbäckige Kinder und denk' dann an meine — so blaß und elend — da oben in der muffigen Kammer. Für mich allein würd' ich doch nie den Mut verlieren — aber das halt ich nicht mehr aus — ich weiß nicht mehr — kann nicht mehr . . ." Tränen laufen ihm übers unverdeckte Gesicht, und er schämt sich nicht — wenn man mal soweit ist, schämt man sich nicht mehr.

„Hans, lieber Hans", sagt Gilgi. Das ist doch nun einer aus ihrer Reihe. Und man müßte zusammenhalten, so sehr müßte man zusammenhalten. Viel wichtiger ist das als alles Verliebtsein: wir Jungen müßten zusammenhalten. Wir dürften so vieles nicht an einander geschehen lassen, wir müßten alle, alle einander sehr wirkliche Freunde sein . . .

„Will mal weitergehn, Gilgi", sagt Hans und steht auf.

„Es regnet draußen."

„Ja, es regnet draußen."

„Du hast keinen Mantel?"

„Ist auf dem Pfandhaus verfallen."

„Willst du mir mal sieben Büchsen Bohnerwachs dalassen, Hans?" Das deckt sich gerade auf Heller und Pfennig mit dem Stempelgeld.

„Ja, siehst du, Gilgi, ich war's Sprechen gar nicht mehr gewöhnt. Man soll't auch nicht sprechen — leichter macht's nicht, macht alles nur bewußter. Wiedersehn, Gilgi. Wird schon gehn. Muß ja gehn, nicht? Du, Gilgi, ich schreib' dir meine Adresse auf — besuch' mal die Hertha, ja? Die würd' sich freuen — ist immer so allein — wir haben gar keine Freunde . . ."

„Ja, Hans, ich werd' sie besuchen. Auf Wiedersehen, Hans."

Gilgi sieht ihm nach, wie er mit seinem Köfferchen die Treppen hinuntertorkelt — schließt dann langsam die Flurtür. Geht herum wie im Traum, räumt das Geschirr ab und bringt's in die Küche. Legt sich wieder ins Bett. Was wird mit den Menschen gemacht? Was? Was? Man müßte einander helfen — das ist so wichtig — und da sind kleine blasse Kinder, die nicht zu essen haben.

Ohne Martin käm' ich weiter, und Martin würd' ohne mich nicht soviel Schulden machen. Und dabei ist Liebe doch gar nicht so wichtig — solange es Menschen gibt, die arbeiten wollen und nicht dürfen — solange es Menschen gibt, die man kein Geld verdienen läßt — solange es kleine Kinder gibt, die nicht genug zu essen haben . . . Und immer die summende Sehnsucht in den Gliedern, die süße widerliche Sehnsucht — ich halte das nicht mehr aus, ich will tot sein — ich will das nicht mehr — ich will nicht — es ekelt mich an, daß ich so machtlos gegen meinen Körper bin. Und wenn ich mit Martin darüber sprechen könnte! Aber das kann ich nicht — wenn ich was sage, dann trifft's nie das Eigentliche, gibt nur ein schiefes Bild — Worte, die über die Lippen kommen, offenbaren ja nie, verschleiern nur. Und Gilgi denkt an den elenden, abgehärmten Jungen und sehnt sich nach Martin — und schämt sich, daß sich dem Gedanken an fremdes Elend die Sehnsucht nach Martin hinzumischt — und fließt ein winziges Tröpfchen Feindseligkeit in die Sehnsucht — und schämt sich, weil der Sehnsucht nach Martin so überstarkes Mitleid mit einem anderen, Fremden beigemengt ist — und fühlt sich schuldig — vor sich selbst — anderen — allen — Gedanken fahren Karussell — — — Ruhe, einmal Ruhe haben. Findet man wohl erst, die Ruhe, wenn Verzicht einen in sein graues Gefängnis zwang — wenn man alt und unbegehrt geworden ist . . . Müde bin ich . . .

Kracks — macht die Flurtür — und gleich darauf steht Martin im Zimmer, schwenkt vergnügt seinen Schuhkarton. „Hab' alles fabelhaft gut besorgt, wirst zufrieden sein, mein Süßes . . . aber was hast du denn nur?" Er setzt sich zu ihr — „Wie siehst du aus — so weiß und — hast du geweint?"

Ach, das liebe Gesicht und die gute Stimme! „Ist nur die Erkältung, Martin." So müde — jedes Wort muß man aus sich herausgraben.

„Ich werde dir Tee kochen, Gilgichen — und du mußt heute im Bett bleiben — du, sag' mal was sind das denn da draußen im Flur für viele gelbe Büchsen?"

(Fortsetzung folgt.)

Deutschland vor der Wahl.

(Von unserem Sonderberichterstatter.)

J. B. **Dresden**, 4. November.

Zum fünften Male in diesem Jahre werden die Wähler in Deutschland am Sonntag zur Urne schreiten. Nach außenhin wirft der Wahlkampf keine besonders hohen Wellen. In der Großstadt wird naturgemäß viel mit Plakaten gearbeitet und man darf durchaus objektiv feststellen, daß die Sozialdemokratie die wirkungsvollsten Plakate herausgegeben hat. Vor allem fallen da riesige handgemalte Bilder auf, die ganze Litfaßsäulen bedecken. Eines zeigt eine große Fabrikanlage, welche die Aufschrift „Zu vermieten" trägt, daneben die Meldekarte des Arbeitslosen Meyer. Als Gegenstück drei ineinander greifende Zahnräder: hier die sozialistische Planwirtschaft, dort die Wirtschaftsanarchie im Kapitalismus. Auf einem dritten Bild recken sich ein riesiger Mörser und ein langes Kanonenrohr drohend in die Luft, darunter ein mächtiger Pflug, der in dem braunen Erdreich Furchen zieht. Krieg und Verwüstung als Begleiterscheinungen des Kapitalismus, schaffende Arbeit als Symbol der neuen sozialistischen Ordnung.

Andere Plakate wenden sich an die Vernunft der Menschen: da wird aufgezählt, wie der Lohn des Arbeiters unter der Junkerregierung gesunken ist, wie man die Unterstützungssätze auf allen Gebieten der Sozialversicherung verkürzt und abgebaut hat. Und überall die riesige 2, die Listennummer der Sozialdemokratie und der drei Pfeile.

Die Hakenkreuzler ziehen natürlich alle Register der Demagogie. Um ihren unaufhaltsamen Rückgang doch ein wenig aufzuhalten, schrecken sie vor keiner Niedertracht zurück. „Ohne SPD. keine Papen-Regierung" — so verkündet ein Plakat der Partei, die der Steigbügelhalter der Junker war und dann den Fußtritt erhielt. Auf einem anderen Plakat wird dargetan, daß alle Parteien jüdisch verseucht seien, nur die Partei des Herrn Isidor Göbbels nicht.

Die übrigen Parteien sind in ihrer Wahlwerbung reichlich lendenlahm, die Kommunisten eingeschlossen. Nur die Regierung greift zu mittelalterlichen Schauerbildern: da hält eine „starke Faust" viele dicke Schlangen am Kragen gefaßt, das sind die Reichstagsparteien, die Herr Papen am liebsten erwürgen möchte, dort schwimmt eine grüne Wasserleiche, an Händen und Füßen mit schweren Kugeln belastet, auf denen SPD, KPD und das Hakenkreuz zu sehen ist, darüber ein Rettungsring mit der Aufschrift „Hindenburg". Eine entsetzte Mutter hält ihr Kind und schreit nach Hilfe; Hindenburg ist der Retter. Als einzige Partei stehen die Deutschnationalen hinter der Regierung, aber ihr Ruf klingt ziemlich matt.

Neben der Plakatwirkung sind es Fahnen, die für die Parteien werben. Hier in Sachsen sind es eigentlich nur die Sozialdemokraten, die Kommunisten und die Nazis, die in scharfem Wettbewerb stehen. Vielfach wehen aus den verschiedenen Fenstern eines Hauses alle drei Parteifahnen. Rot sind alle, nur die Symbole wechseln: die drei Pfeile der Eisernen Front, der Sowjetstern und das Hakenkreuz. Je näher der inneren Stadt, den Behausungen des Bürgertums, desto zahlreicher die Hakenkreuzfahnen, in den Vororten dagegen überwiegen die drei Pfeile, dazwischen der Sowjetstern. Um den Bahnhof Wettinerstraße ist der Sitz der Sozialdemokraten, Volkszeitung, Volkshaus, Bank der Arbeiter und Angestellten. Da flattert hoch von den Giebeln trutzig die Flagge mit den drei Pfeilen, aus allen Fenstern wehen kleine Fähnchen, über dem Volkshaus leuchtet in grellroten Buchstaben ein feuriges Lichtransparent „Freiheit" und die drei Pfeile. Als Abzeichen werden sie immer noch zu wenig getragen, aber man wird doch oft genug und öfter als früher plötzlich mit dem Ruf „Freiheit" gegrüßt.

Eine seltsame Bereicherung des Stadtbildes bieten die bettelnden SA-Männer, die an allen Ecken stehen, frierend und zitternd in dem feuchtkalten Wetter, und klappernd ihre Sammelbüchsen schwingen. Doch ach, der Ertrag ist traurig und ich sah während der verflossenen zwei Tage noch niemand einen Pfennig hineinwerfen. Dagegen pflegt ein Dreipfeil-Mann gewöhnlich neben so einem Bettler zu stehen und nicht mit „freundschaftlichen" Bemerkungen zu kargen. Man sieht es den kommandierten Naziburschen an, daß ihnen gar nicht besonders wohl zumute ist und daß sie sich der Kläglichkeit ihres Auftretens wohl bewußt sind. So geben sie sich denn auch gar keine besondere Mühe mit ihrer Bettelei.

Man könnte meinen, daß nach so oft wiederholten Wahlen nun die Leute müde wären. Das ist nun das Wunderbare, daß dies wenigstens bei den sozialdemokratischen Kundgebungen nicht der Fall ist. Sie sind oft noch besser besucht, als bei den früheren Wahlen. Die Säle füllen sich schon eine halbe Stunde vor Versammlungsbeginn, so daß man pünktlich zur festgesetzten Zeit beginnen kann. Nicht nur in der Stadt, sondern auch in den industriellen Orten auf dem Lande. Die Versammlungen tragen auch ein feierlicheres Gepräge als früher; gewöhnlich wird einleitend ein Lied gesungen, die Rednertribüne wird von Fahnen flankiert, an allen Saalwänden stehen uniformierte Reichsbannerkameraden, überdies ist meist auch noch eine Abteilung in einem Nebenraum konzentriert. Bei der Einleitung überträgt der Vorsitzende die Wahrung des Hausrechtes an den Saalschutz und obwohl vielfach Nazis und Kommunisten anwesend sind, kommt es kaum zu irgendwelchen Störungen. Die Referate werden sehr aufmerksam angehört, oft wird der Redner von Beifall unterbrochen. Den Abschluß bildet dann wieder ein Lied oder eine Vorführung eines politischen Kabaretts der „Roten Pfeile" (früher hießen sie „Rote Ratten"), die es nun schon in vielen Orten gibt. Sie werden meist von Angehörigen der Jugendgruppen gebildet und es ist wahrlich eine Freude, die Begeisterung zu sehen, mit der die Jungkameraden im Reichsbanner und bei diesen Veranstaltungen mitwirken.

Unsere Genossen gehen frohen Mutes in die Wahlen. Allgemein ist die Ueberzeugung verbreitet, daß diesmal die Hakenkreuzler einen erheblichen Rückschlag erleiden, besonders auf dem Lande, wo die Bauern ihren Versprechungen einfach nicht mehr glauben. Ueber 200 Mandate dürften sie diesmal kaum hinauskommen.

Doch sei dem, wie immer. Die Sozialdemokratie kann sich nach wie vor auf die große Masse der überzeugten Partei- und Gewerkschaftsgenossen stützen, die treu zu ihr halten und unter unsäglichen Opfern die riesigen Wahlkosten aufbringen, die Papens Experimente mit der Demokratie verursachen. Und dieser Opfermut gibt uns die unerschütterliche Gewißheit und Zuversicht, daß an ihm alle Anschläge der Reaktion zerschlagen werden und daß die Partei des klassenbewußten Proletariates Deutschlands allen Gewalten zum Trotz zum Siege schreiten wird!

Ein Toter beim Berliner Verkehrsstreik.

Zusammenstoß zwischen Streikenden und Polizei.

Berlin, 4. November. Bei dem schweren Zusammenstoß zwischen Polizei und Streikenden vor dem Schöneberger Betriebsbahnhof sind zwei weitere Personen verletzt worden. Der Erschossene und die drei Verletzten sind sämtlich SA.-Leute. Auch unter den Kommunisten, die sich an der Zusammenrottung beteiligt hatten, sollen mehrere Personen verletzt worden sein, die aber von ihren Kameraden fortgeschafft worden sind.

Da der Schiedsspruch über die Verbindlichkeitserklärung des Schlichters im Streik des Personals der Berliner Verkehrsgesellschaft heute früh noch nicht allgemein bekannt war, ist die Arbeiterschaft der BVG. noch nicht in den Bahnhöfen erschienen. Die BVG. hat jedoch durch Säulenanschlag den Wortlaut des Schiedsspruchs bekanntgegeben und den Arbeitern eine Frist bis 2 Uhr zum Erscheinen auf der Arbeitsstätte gesetzt.

Bis heute morgen sind im Verkehrsstreik 297 Personen zwangsgestellt worden.

Von einer Stelle, die sich als Zentrale Streikleitung der Verkehrsarbeiter bezeichnet, wurde erklärt, daß der Streik fortgesetzt werde.

Schärfste Polizeimaßnahmen angedroht.

In Berlin herrscht größte Unruhe und Erregung. Für morgen ist erhöhtes Polizeiaufgebot zum Schutz der vereinzelt ausfahrenden Wagen in Aussicht genommen. Der Polizeipräsident teilt mit, daß die Polizei mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln, nötigenfalls auch durch Gebrauch der Schußwaffe, Angriffe gegen das Personal oder Betriebseinrichtungen der Verkehrsgesellschaft abwehren wird. Die gesamte Polizei soll rücksichtslos eingesetzt werden.

Dagegen wird von amtlicher Seite bestritten, daß der Einsatz der Reichswehr oder die Verhängung des Ausnahmezustandes in Aussicht genommen sei.

Auch die Gerüchte, daß die Regierung die Berliner Vorfälle zum Vorwand nehmen werde, um die Reichstagswahlen am Sonntag zu verschieben, werden nicht für wahrscheinlich gehalten.

„Rote Fahne" verboten.

Berlin, 3. November. (Tsch. P.-B.) Außer der „Welt am Abend" hat der Polizeipräsident nun auch die „Rote Fahne" bis zum 12. November wegen Aufforderung zum Ungehorsam gegen Gesetze und wegen vorbereiteter Handlung zum Hochverrat verboten.

Eine Nazi-Roheit.

Frankfurt a. M., 3. November. Der Reichsbannermann Anton Schenkel, ein Schwerkriegsbeschädiger, wurde in Frankfurt a. M.-Höchst auf offener Straße ohne jeden Anlaß von einer Bande von 25 Nazis angefallen. Das Gesindel fiel mit Koppeln, Schulterriemen, Stahlruten und Messern über den Wehrlosen her. Der Ueberfallene erhielt einen Stich in den Arm, wurde ferner erheblich am Kopfe verletzt und erlitt ernste innere Verletzungen.

Deutsche Ausfuhrprämie.

Berlin, 4. November. (Tsch. P.-B.) Die Notverordnung vom 8. Dezember 1931 hat die Schaffung einer Ausfuhrvergütung vorgesehen, danach sollte einem Unternehmer, der Lieferungen ins Ausland nachweist, ein Betrag bis zur Höhe der aus der Ware ruhenden Umsatzsteuer vergütet werden. Im Einvernehmen mit den Spitzenverbänden der Wirtschaft wird die Ausfuhrvergütung in der Höhe von einem halben Prozent grundsätzlich auf alle Waren, die zum Export gelangen, gleichmäßig gewährt werden. Mit der Inkraftsetzung der Ausfuhrvergütung ist voraussichtlich schon am 1. Dezember 1932 zu rechnen.

Gefängnisbarbarei in Polen.

Infolge der strengen Einhaltung des neuen Gefängnisreglements und der völligen Vernachlässigung der Vorschriften, die zum Schutze der Gefangenen bestehen, häufen sich in den Gefängnissen die Fälle von psychischen Erkrankungen und von Selbstmorden. Obwohl die Gefängnisverwaltung alles dazu tut, damit über die Leiden der Gefangenen möglichst wenig in der Oeffentlichkeit bekannt wird, lassen sich nicht alle Opfer des Gefängnisregimes geheim halten. So sind allein aus dem Gefängnis in Grudzione folgende Fälle bekannt geworden. Am 4. August beging in diesem Gefängnis der politische Gefangene Wojtiuk, Mitglied der weißrussischen Hromada, Selbstmord. Am 27. August erhängte sich in der Gefängniszelle der politische Gefangene Piotrowski. Anfang September erkrankte der aus dem Gefängnis in Rawicz (Wojewodschaft Posen) nach dem Gefängnis in Grudzione überführte ehemalige Abgeordnete Krynczuk, Mitglied des ukrainischen Klubs „Zmahanie", und mußte in die Abteilung für Nervenkranke des Gefängnisspitals überführt werden.

Verbotene kommunistische Kundgebung in Wien.

Wien, 4. November. (Tsch. P.-B.) Die kommunistische Partei hat anläßlich des fünfzehnjährigen Bestandes der Sowjetunion für den 7. November vier große Umzüge in verschiedenen Wiener Bezirken angekündigt. Wegen des allgemeinen Aufmarschverbotes wurden alle diese bei der Polizei ordentlich angemeldeten Kundgebungen nicht bewilligt. Bloß die in geschlossenen Räumen und Versammlungslokalen für diesen Abend in Aussicht genommenen Versammlungen werden demnach stattfinden können.

Republikfeier findet statt.

Aufmarschverbot wird vorher aufgehoben.

Wien, 4. November. Wie die Blätter melden, wird das Verbot sämtlicher Versammlungen unter freiem Himmel und aller Umzüge noch vor dem österreichischen Staatsfeiertage, das ist vor dem 12. November, widerrufen werden. Damit werden die übliche sozialdemokratische Manifestation vor dem Rathaus und auf der Ringstraße, desgleichen auch die beabsichtigten Gegenkundgebungen der Nationalsozialisten ermöglicht werden.

Das Wiener Polizeipräsidium wurde von der Regierung beauftragt, mit beiden Parteien Verhandlungen einzuleiten und dafür Sorge zu tragen, daß beide Demonstrationen zeitlich nicht zusammenfallen, und die erforderlichen Polizeimaßnahmen zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung zu treffen.

Vom deutschen Bürgerkriegsschauplatz.

Wupperthal, 4. November. (Tsch. P.-B.) Zwischen Klebekolonnen der Nationalsozialisten und der Kommunisten kam es in der Nacht zum Freitag zu einer Schlägerei, in deren Verlauf von den Nationalsozialisten etwa fünfzehn Schüsse abgegeben wurden. Ein Arbeiter wurde schwer, ein anderer leicht verletzt. An anderer Stelle wurde ein Nationalsozialist durch einen Schuß verletzt.

Duisburg, 4. November. (Tsch. P.B.) In Meiderich wurden nachts mehrere Nationalsozialisten von bisher unbekannten Personen beschossen. Der 18jährige Heinrich Hammacher erhielt einen Kopfschuß und starb bald darauf.

Prozeß Stříbrný.

Iglau, 4. November. (Tsch. P.-B.) Um 9 Uhr wurde die Verhandlung mit der Mitteilung eröffnet, daß das Strafgericht in Prag die Akten betreffend den Streitfall Stříbrný gegen Infeld nicht zur Verfügung stellen könne, da die Hauptverhandlung auf den 11. d. M. festgesetzt sei. Es wurde dann der Beschluß bekanntgegeben, daß die Geschäftsbücher der Firma Fuchs, die sich bei der Anglo-Bank befinden und das stenographische Protokoll über das Verhör Dr. Jarochs verlangt werden sollen. Hinsichtlich verschiedener anderer Anträge, darunter des Antrages auf eine Einvernahme Franz Stejskals, behielt sich das Gericht die Entscheidung vor. Hierauf wird die Verlesung der Akten fortgesetzt.

Sodann teilt Staatsanwalt Marianko mit, er sei verständigt worden, daß gestern Dr. Rašín und Zeuge Bit Telegramme erhalten hätten, daß sie eine halbe Stunde nach der Ankunft in Iglau einander vor dem Gerichtsgebäude treffen mögen. Der Staatsanwalt schlägt vor, daß Bit und Dr. Rašín vernommen werden, um sich darüber zu äußern, worauf sich diese Telegramme bezogen hätten.

Der hierauf als Zeuge einvernommene Dr. Rašín sagt aus, daß er tatsächlich ein Telegramm erhalten habe, und zwar von Dr. Studničný. Das gleiche Telegramm habe auch der Konzipient Dr. Červený's erhalten. Sie hatten eine Zusammenkunft, die die junge Generation der Nationaldemokratie betraf. Von einem Telegramm an den Zeugen Bit wisse er aber nichts und habe auch mit Bit nicht gesprochen.

Hierauf wurde der Zeuge Abgeordneter Hampl vernommen, der angibt, der größte Waggonmangel habe im Jahre 1919 geherrscht, als Hampel Minister für Volksverpflegung war. Im Jahre 1920 habe er als Sekretär der Metallarbeiter auf Ersuchen des Betriebsausschusses der Ringhoffer-Fabrik bei Minister Stříbrný interveniert, daß man die Waggons nicht im Auslande kaufen möge, was auch versprochen wurde. Da aber die Gerüchte über den Ankauf der Waggons im Auslande auch weiterhin nicht verstummen wollten, intervenierte er noch einmal beim Eisenbahnminister. Es sei ihnen wiederum versprochen worden, daß die Waggons nicht im Auslande bestellt werden. Diesem zweiten Versprechen habe jedoch Zeuge keinen großen Glauben mehr geschenkt. Etwa vierzehn Tage nach dieser Intervention habe er erfahren, daß die Waggons doch in Deutschland gekauft wurden. Schon im Jahre 1920 habe er von zwei verläßlichen Menschen Informationen darüber erhalten, daß bei dem Waggonankauf eine große Provision ausgezahlt wurde. Abgeordneter Hampl informierte darüber den damaligen Minister Tučný, der ihn zu Stříbrný führte, welcher die Namen der Informatoren zu erfahren wünschte. Hampl habe die Namen aber nicht genannt. Auf die Frage, ob im Jahre 1920 die Krise in der Sozialdemokratie so groß gewesen sei, daß man in den anderen Parteien daraus schließen konnte, es werde zu einem Sturz der Regierung kommen, antwortet Hampl, daß dies nicht der Fall gewesen sei. Erst nach den Sommerferien, kurz vor dem Sturz der Tusar-Regierung, konnten diese Gerüchte aufkommen.

Es wird das Protokoll über die Sitzung des Betriebsausschusses der Ringhoffer-Fabrik verlesen. Auf das Ersuchen Dr. Rašins, Abgeordneter Hampl möge seine Informatoren nennen, lehnte dieser es mit den Worten ab: Herr Doktor, Sie wissen gut, wie man in diesem Prozesse mit den Zeugen verfährt!

„Freundschaft"
der Kalender
der Arbeiterkinder
gehört in jede proletarische Familie!

Vom Verkehrsstreik in Berlin.

Am Donnerstag ist das gesamte Personal der Berliner Verkehrsgesellschaft in den Streik getreten. Unser Bild zeigt einen Streikposten der Straßenbahner vor einem Bahnhof.

Tagesneuigkeiten

Tragödie an der Grenze.

Kampf zwischen Grenzbeamten und Schmugglern.

Aus Weipert wird uns berichtet: Am Donnerstag vormittags spielte sich an der sächsisch-böhmischen Grenze bei Jöhstadt-Pleil in der Nähe des sogenannten Hegerhauses ein blutiges Drama ab. Ein Zollbeamter bemerkte drei aus der Richtung Jöhstadt kommende Männer, die Pakete in den Händen hatten, von denen der Beamte annahm, es handle sich um Paschерware. Er rief deshalb die Männer an und forderte sie auf, die Pakete an ihn auszufolgen. Dies verweigerten die drei und griffen, als der Grenzbeamte sich mit Gewalt die Pakete aneignen wollte, den Zöllner an, der schließlich von seiner Schußwaffe Gebrauch machte. Einer der drei Männer griff sich mit einem Aufschrei an die Brust, wankte einige Schritte weiter und stürzte blutend zusammen, während seine beiden Kameraden in wilder Flucht davonstürzten. Der auf dem Boden liegende Mann hatte einen schweren Lungenschuß erhalten, der seine Ueberführung in das Krankenhaus in Weipert notwendig machte. Trotz schneller ärztlicher Hilfe gelang es nicht, den Mann zu retten, denn er verschied an der schweren Schußverletzung noch im Laufe des Nachmittags. Der Getötete ist ein 61jähriger Einwohner aus Preßnitz namens Habrecht. Die Tragödie hat hier starkes Aufsehen hervorgerufen.

Ziehung der Klassenlotterie

300.000 K: 52.459
100.000 K: 9.526
50.000 K: 44.661
10.000 K: 8.069, 27.281, 30.618, 50.449
5.000 K: 12.917, 18.256 19.247, 24.585, 26.967, 27.822, 33.242, 36.578, 36.725, 36.747, 38.664, 49.027, 55.617, 57.434, 58.410, 69.576, 78.234, 81.747, 92.745, 96.670, 101.236
2.000 K: 2.327, 3.446, 5.158, 8.285, 10.049, 11.021, 11.821, 14.200, 21.915, 25.890, 31.656, 31.821, 32.580, 33.549, 36.775, 40.875, 45.846, 47.320, 50.145, 50.889, 50.963, 51.339, 51.809, 53.151, 55.463, 58.411, 63.378, 63.478, 63.505, 68.129, 70.735, 79.244, 79.395, 87.223, 87.707, 90.432, 92.011, 98.324, 99.189, 99.412, 100.609, 101.981, 104.954
1.200 K: 1.148, 3.828, 8.357, 8.994, 26.303, 35.212, 52.012, 58.552, 59.349, 73.679, 77.712, 95.355, 104.745.

Der 300.000-K-Treffer fällt zur Hälfte auf einen Forstmeister in Südböhmen und einen Sägeverwalter in Prag. Den 100.000-K-Treffer teilen mehrere Preßburger Spieler, das 50.000-K-Los gehört einem Spieler in Teplitz-Schönau. Am 10. ds. wird die Prämie von 1.5 Millionen Kronen gezogen werden.

Eine wahre Geschichte. Da ging jüngst über den Prager Wenzelsplatz ein ehrlicher Bürger; und ein weniger ehrbarer, begleitet von einer Frau mit einem Säugling am Arm und einem Knaben, bettelte ihn an. Worüber sich der in seiner Alltagsruhe unangenehm aufgestörte Bürger erregte, sozusagen den Säugling einer näheren Prüfung unterzog und darauf den nächsten Wachmann herangerief, um sich gegen diese Belästigung durch Straßenbettel zu verwahren: die Leute seien Komödianten und außerdem sei der Säugling eine Puppe. Nicht näher muß erläutert werden, daß in unserer Demokratieinsel vor allem der Wachmann die „Personen beiderlei Geschlechts" zur nächsten Wachstube brachte, um amtszuhandeln. Ja, das geht manchmal unvorschriftsmäßig aus: der Säugling war tatsächlich bewegungslos, weil tot. War der Mutter, die ihn noch vor wenigen Stunden gesäugt hatte, im Arm auf der Straße gestorben . . . . eine der Arbeitslosentragödien. Was mit dem wohltätigen Bürger geschah, verschweigt der Chronist; nur soviel ist auch aus der Polizeirelation zu entnehmen, daß die Mutter halb wahnsinnig wurde, daß sie keine Ahnung davon hatte, ein totes Kind mit sich zu tragen, daß die Arbeitslosenfamilie in Hloubětín „wohnte" (es gibt dort Notkolonien), daß der Mann früherer Beamter und seit Monaten arbeitslos war und daß das Kind „aus unbekannter Ursache" gestorben ist; wohl nicht verhungert, vielleicht an allgemeiner Schwäche. Da das „Právo Lidu" als erstes Blatt diese Geschichte veröffentlichte, konnte man schon am nächsten Tag davon lesen, daß es den betreffenden Arbeitslosen gar nicht so schlecht gegangen sei, weil sie einhundertachtzig Kronen bei sich gehabt hätten; daß sie überhaupt in einer „ordentlichen" Wohnung hausten, wohinein es gar nicht einmal regnete und daß daher von einem Hungertod nicht die Rede sein kann. Niemand hat eigentlich die tschechische Bürgerpresse dazu aufgefordert, sich zur Wehr zu setzen; morgen schon werden sie vermutlich leugnen, daß das Kind überhaupt gestorben und übermorgen, daß es zur Welt gekommen sei, nach paar Tagen wird es sich um professionale Arbeitsscheue im Sinne des Vagabundengesetzes handeln und wenn die Affäre noch längere Zeit durch den Blätterkot gezerrt wird, dann gibts überhaupt keine Arbeitslosen, bei denen die ökonomischen und tatsächlichen Voraussetzungen für diese Tragödie gegeben sein könnten. Bis jetzt hat sich niemand darüber aufgeregt, warum so ein armes Wurm keine ärztliche Hilfe erhält, warum die Gesellschaft zwar die Geburt, nicht aber die Lebenshaltung erzwingt; aber wir sind daran gewöhnt: die heutige Gesellschaft läßt des Proleten Säugling eben auf offener Straße krepieren; und ruft dazu noch den Schutzmann zum amtshandeln . . .

Urteil im Weiperter Waffenschmuggel-Prozeß. Aus Weipert wird uns berichtet: Anläßlich der vorletzten Wahlen in Deutschland hatten mehrere nationalsozialistische Vertrauensleute aus dem benachbarten sächsischen Neudorf Waffen in Weipert eingekauft und über die Grenze geschmuggelt, angeblich deshalb, weil sie in der auf die Wahl folgenden Nacht Unruhen befürchteten. Als sich die Angelegenheit herumsprach, erstatteten die nationalsozialistischen Vertrauensleute bei der zuständigen Behörde die Anzeige, daß sie zwar Waffen über die Grenze gebracht, dies aber nur deshalb getan hätten, um den Beweis zu erbringen, daß es leicht möglich sei, auf Schmuggelwegen aus dem Auslande, vor allem aus der Tschechoslowakei, Waffen nach Deutschland zu bringen. Diese Beweisführung habe die nationalsozialistische Partei für angezeigt erachtet, weil auch Angehörige des Reichsbanners in Weipert Waffen erstanden hätten. Die Angelegenheit kam vor das Annaberger Amtsgericht, vor welchem sich dreizehn Angeklagte, und zwar drei Nationalsozialisten, ein parteiloser Kaufmann und neun Reichsbannerleute wegen Waffenschmuggels zu verantworten hatten. Das Urteil ist nun gefällt worden: Danach wurden die beiden angeklagten Nationalsozialisten zu drei, bzw. zwei Wochen Gefängnis verurteilt, der parteilose Kaufmann zu einer Geldstrafe von zehn Mark, während die übrigen dem Reichsbanner angehörigen Angeklagten freigesprochen wurden. In der Begründung des Urteils wird ausgeführt, daß das Gericht den beiden angeklagten Nationalsozialisten nicht glaube, sie hätten die Tat nur unternommen, um Beweis für die Möglichkeit des Waffenschmuggels beizubringen. Die Selbstanzeige sei vielmehr nur erfolgt, weil man sich beim Kaufe der Waffen beobachtet fühlte, und um die eigene Schuld günstiger zu gestalten. Bezüglich der anderen Angeklagten, die Angehörige des Reichsbanners sind, sei erwiesen, daß sie Waffen in Weipert erst eingekauft haben, als sie wußten, daß die Nationalsozialisten Revolver und Munition erstanden hatten. Der Reichspräsidentschafts-Wahlkampf habe damals unruhige Tage gebracht, und es bestand vielerorts die Ansicht, daß die NSDAP im Falle eines Wahlsieges ihres Kandidaten Hitler einen Staatsstreich vorbereite und gegen Andersgesinnte in drohender Form vorgehe. Die angeklagten Reichsbannerleute konnten sich demnach in einem aufgezwungenen Notstand befunden haben. Daher mußte in ihrem Falle auf Freispruch erkannt werden.

Vom Rundfunk

Empfehlenswertes aus den Programmen.

Sonntag.

Prag: 6.15: Gymnastik. 7.30: Konzert. 12: Blasmusik. 15: „Lakme", Oper von Delibes. 18.25: Deutsche Sendung: Das Tagebuch eines Verschollenen von Janacek. 21: Orchesterkonzert. 22.25: Jazzmusik. — **Brünn:** 11: Konzert. 18: Deutsche Sendung: „Der Apotheker" von Haydn. 19: Blasmusik. 20: Schwarz-weiße Stunde. — **Berlin:** 16: Orchesterkonzert. — **Breslau:** 15: Lieder im Volkston. — **Frankfurt:** 17: Romanische Violinmusik. — **Hamburg:** 16: Blaskonzert. — **Langenberg:** 19: Orchesterkonzert. — **Leipzig:** 11.30: Bach-Kantate. 17.30: Schwedische Volkslieder. — **München:** 15.15: Kammerkonzert. — **Wien:** 10.30: Beethovens Violinsonaten. 17: Konzert.

Schnee in Karpathorußland. In Karpathorußland fiel am 2. November Schnee. Die Berge sind von 800 Meter Höhe an mit einer leichten Schneedecke bedeckt, höhere Lagen hatten bereits eine Schneedecke von einigen Zentimetern aufzuweisen. Auch die Temperaturen sind merklich zurückgegangen.

Hof- und Personalnachrichten eines republikanischen Pressebüros. Das Tschechoslowakische Preßbüro, also die amtliche Stelle eines republikanischen Staatswesens gibt folgende Nachricht heraus:

Budapest, 4. November. Königin Marie von Jugoslawien ist heute früh durch Budapest gereist. Die Königin ist um 6 Uhr 10 mit dem Orientexpreß, von Belgrad kommend, in Budapest eingetroffen und hat mit dem Prag-Berliner Schnellzug um 7 Uhr 25 die Reise fortgesetzt.

Hurrah, jetzt sind wir glücklich, da wir wissen, um welche Minute die Königin von Jugoslawien Budapest verlassen hat!

Raubmord in Karpathorußland. In der Gemeinde Siroky Luh (bei Neresnice im Bezirk Rahovo) überfielen in der Nacht zum Mittwoch einige maskierte Banditen, die mit Militärgewehren ausgerüstet waren, das Gehöft des Ivan Pokouba. Mit Gewalt erbrachen die Räuber die Türe und forderten von dem Bauern und seiner Frau die Herausgabe von Geld, das das Ehepaar vom Viehverkaufe nach Haus gebracht hatte. Pokouba gab den Räubern einen Betrag von 1500 K, Pokoubas Frau sprang jedoch auf den Räuber zu und entriß ihm das Geld. Der Räuber stach sodann die Frau mit einem Bajonett russischen Ursprungs und verletzte sie schwer an der Brust. In dem hierauf einsetzenden Handgemenge wurde auch der Bauer verwundet. Die Räuber gaben sodann einige Schüsse ab und entflohen mit dem geraubten Gelde. Die Verletzung der Frau ist tödlich. — Es handelt sich wahrscheinlich um dieselbe Bande, die in der Umgebung von Neresnice ihr Unwesen treibt und bereits einige Raubüberfälle durchgeführt, jedoch niemals etwas erbeutet hatte.

Doppelraubmord. In Oberwiesental (Salzburg) wurde der 70jährige Wirtschaftsbesitzer Josef Ernst und seine 62jährige Wirtschafterin Therese Weißenbacher von unbekannten Tätern Donnerstag nachts überfallen und ermordet. Den Tätern fielen etwa 600 Schilling in die Hände. Sie steckten die Betten mit den Leichen in Brand und flüchteten. Die Feuerwehr fand nurmehr die verkohlten Leichen auf. Von den Tätern fehlt jede Spur.

Wenn der Fallschirm reißt ... Ein Erfinder namens Warburg aus Hannover sprang Freitag mittags von der höchsten Plattform des Berliner Funkturms mit einem selbstgebauten Fallschirm ab. Der Fallschirm riß schon kurz nach dem Absprung. Warburg wurde mit schweren Verletzungen ins Krankenhaus gebracht.

Tödlicher Unfall eines Volksschülers. Freitag um halb 12 Uhr vormittags überfuhr in der Mickiewiczstraße in Bratislava ein städtischer Autobus, den Schüler der dritten Volksschulklasse Aladar Feherwizi und tötete ihn auf der Stelle. Der Schüler ging mit seinem Schulkameraden, welche einander boxten, auf dem Bürgersteig. Aladar Feherwizi wurde plötzlich von einem seiner Kameraden so unglücklich gestoßen, daß er unter die rückwärtigen Räder des Autobusses fiel und ihm der Kopf zerquetscht wurde.

Der Mädchenmarkt in Hust. Zu Allerheiligen hat in Hust der sogenannte Mädchenmarkt stattgefunden. Nach uralter Ueberlieferung kommen an diesem Tage die Mädchen aus der Umgebung, die in der Stadt Dienstplätze suchen, nach Hust, und bieten sich etwaigen Arbeitgebern am Hauptplatze an. Verträge werden gewöhnlich ganzjährig abgeschlossen. In diesem Jahre war das Angebot besonders stark, die Nachfrage dagegen schwächer. Besonders aus der Bychovina haben sich viele Mädchen zu niedrigsten Löhnen angetragen.

Tödlicher Unfall eines Akrobaten. Der 25jährige Akrobat Ferdinand Elbek Krednik führte bei der Uebersiedlung des Zirkus Kludsky nach Bukarest schon auf rumänischem Boden auf dem Dache eines Eisenbahnwaggons seine akrobatischen Produktionen vor. Hiebei bemerkte er nicht, daß sich der Zug einer eisernen Brücke nähere. Der Unglückliche stieß mit dem Kopfe gegen den oberen Eisenträger der Brücke und war auf der Stelle tot. Der Zug Kludskys brachte seinen Leichnam nach Bukarest.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik

Für die Geschäftsreisenden!

Ein sozialdemokratischer Antrag im Abgeordnetenhause.

Bei der Bemessung der Einkommensteuer für Geschäftsreisende, Vertreter und Agenten berufen sich die Finanzbehörden auf das Gesetz vom 15. Juni 1927, Nr. 76, den Paragraph 17, Absatz 4, wo davon gesprochen wird, daß die „Auslagen für die Wohnung und den Lebensunterhalt des Steuerträgers sowie seiner Familienangehörigen usw. nicht von den Einkommen abgezogen werden können". Andererseits sieht im Paragraph 11, Absatz 2, daß „der Ersatz der Dienstleistungen kein der Steuer unterliegendes Einkommen ist".

Es handelt sich demnach bei der Bemessung der Einkommensteuer des Steuerträgers in ein und demselben Berufe um eine verschiedenartige Bemessung der Einkommensteuer. So ist z. B. ein Geschäftsreisender und Vertreter, der irgend einen im voraus bestimmten Dienstbezug und daneben den Ersatz seiner Reiseauslagen durch den Arbeitgeber hat, Nächtigungskosten und Zehrkosten darin eingerechnet, nicht verpflichtet, dieses Einkommen einzubekennen, weil nach dem obzitierten Gesetz der Ersatz der Dienstauslagen keine in das Einkommen einrechenbare Post ist. Ein anderer Geschäftsreisender, der neben im voraus bestimmten Bezügen auch einen im voraus bestimmten fixierten Betrag für diese Dienstauslagen hat, ist verpflichtet diesen Betrag einzubekennen, anderseits kann er sich allerdings die durch den Dienst erforderlichen Auslagen abziehen, wobei er nach Ansicht der Finanzbehörden die Nächtigungskosten und die Zehrkosten nicht abziehen darf, die in Wirklichkeit einen Bestandteil dieser Dienstauslagen bilden. Aber auch jene, die überhaupt keinen Ersatz oder nur einen teilweisen Ersatz seitens des Arbeitgebers erhalten können sich die Nächtigungskosten und die Zehrkosten von ihrem Einkommen nicht abziehen. Es liegt an der Kalkulation der Arbeitgeber, in welcher Art und Weise oder in welcher Form sie den Geschäftsvertretern das Entgelt für ihre Arbeit auszahlen und es ist demnach höchst ungerecht, wenn dem einen von ihnen bei den Ausgaben, die durch den Dienst erforderlich sind, die Nächtigungskosten und die Zehrkosten anerkannt werden, den anderen aber nicht.

Aus diesem Grunde haben die Abgeordneten Genossen Franz Macoun und Robert Klein eine Abänderung des Paragraph 15 des betreffenden Gesetzes beantragt, wonach „die mit dem Aufsuchen von Bestellungen verbundenen Kosten der Geschäftsreisenden, Vertretern und Agenten, und zwar Fahrtauslagen mit den verschiedenen Transportmitteln, Transportgebühren für die Musterkoffer, Nächtigungs- und Zehrkosten auf den Reisen u. ä." von dem Einkommen abgezogen werden können.

Auch in einer zweiten Angelegenheit, die dasselbe Gesetz betrifft, haben sich die beiden obgenannten Genossen für die Reisenden eingesetzt und eine Aenderung des Gesetzes beantragt. Es handelt sich da um folgendes:

In der letzten Zeit mehren sich die Fälle, daß die Finanzbehörden den Geschäftsreisenden, Vertretern und Agenten die Erwerbsteuer auch in jenen Fällen vorschreiben, wo es sich um ein klares Angestelltenverhältnis handelt und der Arbeitgeber sämtliche ihm nach dem Gesetze obliegenden Pflichten erfüllt (Anmeldung zur Kranken- und Pensionsversicherung). Nur der Umstand, daß der betreffende Geschäftsreisende, Vertreter oder Agent außer einem fixen Gehalt auch noch eine Provision erhält oder nur der Umstand, daß er kein anderes Einkommen hat als die Provision, kann an sich noch nicht entscheidend sein für die Frage, ob ein solcher Reisender, Vertreter oder Agent der Erwerbsteuer unterliegt, weil dieses Gesetz selbst im Paragraph 46 davon spricht, daß der allgemeinen Erwerbsteuer Personen oder Vereinigungen von Personen unterworfen sind, die im Inland im eigenen Namen ein Erwerbsunternehmen betreiben oder eine auf Gewinn abzielende Beschäftigung ausüben. Daß die Beschäftigung eines Geschäftsreisenden, Vertreters oder Agenten, der im Namen und auf Rechnung eines oder mehrerer Arbeitgeber arbeitet, keine auf einen Unternehmergewinn abzielende Beschäftigung ist, ist selbstverständlich. Wenn er auch für seine Leistungen nur eine Provision erhält, so kann doch hier von einem Gewinn, wie ihn das Gesetz im Sinne hat, überhaupt keine Rede sein, im Gegenteil, diese Personen können bei ihrer Beschäftigung nur Verluste haben, weil sie sehr oft ziemlich bedeutende Beträge darauf verwenden, um ein Geschäft zu erzielen und wenn ihnen das nicht gelingt, so erhalten sie dann überhaupt kein Entgelt für ihre Arbeit. Hier kann die Analogie des Akkordarbeiters herangezogen werden, der auch erst für den Umfang der geleisteten Arbeit das Entgelt erhält.

Dementsprechend haben die genannten Abgeordneten auch eine Aenderung des Paragraph 47 beantragt, und zwar soll diese Aenderung folgendermaßen lauten:

„Die Tätigkeit der Geschäftsreisenden, Vertreter und Agenten, die im Namen und auf Rechnung eines oder mehrerer Arbeitgeber arbeiten. Die derartige Beschäftigungen ausübenden Personen unterliegen nicht der Erwerbsteuer, sofern sie nach dem Gesetz über die Pensionsversicherung der Privatangestellten in höheren Diensten versichert sind, und zwar bezüglich der Tätigkeit, die die Grundlage für diese Versicherungspflicht ist und das auch dann, wenn sie gleichzeitig bei mehreren Firmen beschäftigt und im Sinne des Paragraphen 4, Absatz 6, des Gesetzes vom 21. Jeber 1929, Slg. d. G. u. V. Nr. 26, nur nach ihrer Hauptbeschäftigung pensionsversichert sind.

Die Annahme dieses Antrages würde sicherlich von den Reisenden lebhaft begrüßt werden, weil dies in der auch für die Reisenden so schweren Krisenzeit eine große Erleichterung für diesen Stand bedeuten würde. **Es ist im Interesse der Reisenden, für die Verwirklichung dieses Gesetzantrages eine lebhafte Propaganda zu entfalten.**

Prager Produktenbörse. (Offizieller Bericht.) Die gestrige Produktenbörse war für einen Freitag schwächer besucht und das Geschäft hat sich daher überhaupt nicht ausgebreitet. Nur am Getreidemarkte zeigte sich etwas Interesse. Am Mahlgetreidemarkte war das Geschäft sehr schleppend, wobei sich die Mühlen am Einkaufe zurückhielten, die Preise konnten sich hier aber behaupten. Auch auf den übrigen Getreidemärkten war der Geschäftsverkehr unterbunden, die Preise hielten sich aber auch hier auf letztem Niveau. Ansonsten war auf den übrigen Marktgebieten Ruhe vorherrschend. Die neuen amtlichen Notierungen stimmen überall mit denen vom Dienstag überein, neu notierte nur Häuptelkraut 8—12 (minus 6), weiters nominell ebenfalls neu Burma-Reis 165—170, die Notierung von Bruchreis wurde überhaupt gestrichen.

Berlin läuft.

Das Bild des Verkehrsstreiks.

Soweit das Auge reicht, spannt sich grauer Himmel über der Stadt und schüttet Regenfluten nach unten; Regenfluten — aber nicht was das Zeug hält, denn das „Zeug" hält nur wenig: die Stiefelsohlen trinken begierig das sich ewig verjüngende Naß, als hätten sie sonst wirklich nur eine Steinwüste platt zu treten, und Joppen und Jacken, Mäntel und Pelerinen saugen sich mit der gleichen Hast voll. Berlin läuft und läuft aus.

*

Besucher politischer Versammlungen, Spätheimkehrer von der Arbeitsschicht und Nachtbummler aller Schattierungen erfahren gerücht- und rufweise in den frühen Morgenstunden des Donnerstag, daß die Wagen in den Hallen bleiben werden. Arbeiter und Angestellte, die zu normaler Stunde zu ihrer Arbeitsstätte fahren wollen, warten an den Haltestellen vergeblich. Aus den Schächten der Untergrund strömt gespenstisch Dunkelheit; die Tore zum Hades blieben verschlossen. Das periodische Gebrumm und Geknatter, übliche Morgenmusik der Weltstadt, fällt aus — wegen des Nebels dieser Krisenzeit. An den Haltestellen bilden sich immer neue Gruppen, lösen sich wieder, schwirren aus, werden ergänzt ... und die Diskussion bricht nicht ab. Das Wort „Streik" führt zur Politik, zur Stellungnahme. Ueber die Meinungsverschiedenheiten hinweg wird gemeinsam über die günstigsten „Fußverbindungen" und „Querverbindungen" — das gefährliche politische Wort bekommt hier einen unpolitischen Sinn — beraten.

*

Hie und da will sich der Riese regen. Einzelne Wagen fahren aus, in den Morgen, in den „Krieg", kommen aber nicht weit. Die Polizei, unterwegs und versucht größere Zwischenfälle zu verhindern. In einem Falle, wo ein Wagen beschädigt wurde, wurden sieben Personen — Kommunisten und Nationalsozialisten — zwangsgestellt. Nationalsozialisten haben auch auf der Beerstraße — im Westen der Stadt — das Straßenpflaster aufzureißen versucht, flüchteten aber, als die Polizei kam; zwei Nazis wurden zwangsgestellt. Tagsüber versuchten immer wieder einzelne Straßenbahnen den Ring des Widerstands zu durchbrechen, meistens vergeblich.

*

Wer Geld hat, sich ein Taxi zu nehmen, nimmt sich's. Wer etwas Geld hat, sich am Kollektiv zu beteiligen — man schließt sich zu gemeinsamen Fahrten zusammen — beteiligt sich. Vom frühen Morgen an flitzen die grünen Autos, die sonst oft stundenlang auf Kunden warten müssen, über den regennassen Asphalt. Die Einzelchauffeure und die Kraftwagengesellschaften, bes gestern noch in einen lächerlichen Kleinkrieg verstrickt, haben Hochkonjunktur. Der Hader ist vergessen, sie würden nur hadern, wenn der Streik rasch beendet wäre — was die ganze Berliner Bevölkerung hofft. Außerdem werden natürlich die in verstärkter Zugfolge verkehrenden Stadtbahnzüge gestürmt. Ihre Linienführung, die die Innenstadt ringförmig umkränzt, hilft nicht allen, doch vielen. An den Schaltern kringeln sich endlose Menschenschlangen. Am Potsdamer Bahnhof entsteht in den späten Nachmittagsstunden ein lebensgefährliches Gedränge; es ist kaum wegzukommen. In drangvoll fürchterlicher Enge besitzt einer im Stadtbahnzug noch Ellbogen genug, ein Zeitungsblatt zu entfalten; sachlich liest er vor: „Berlins Grenze ist 232 Kilometer lang; von Ost nach West beträgt die längste Entfernung 45, von Nord nach Süd 38 Kilometer. Zwei Tage braucht man, notwendige Umwege mitgerechnet, um Berlin zu durchwandern." Die Leute lachen; nur ein Lehrmädchen sagt mit tränennaher Stimme: „Wenn ich zu spät komme — mein Chef ist so streng — — der schmeißt mich raus!"

*

Wenn Vater noch von besseren Zeiten her ein Rad besitzt, dann klettert er auf den Boden oder steigt in den Keller hinunter, um es rasch zum Retter aus der Verkehrsnot zu machen. Lange hat man in Berlin nicht so viel Räder gesehen wie am Donnerstag; Weitgereiste erzählen ihren Kindern: — wie in Kopenhagen; und die Kinder wollen nun noch mehr von dem fremden Land und der fremden Stadt wissen, aber davon zu sprechen ist keine Zeit. Vater fürchtet sowieso, zu spät zu kommen. Dann lernen die Kinder noch etwas: sie wußten gar nicht, daß es so viel Pferde gibt. Denn allerhand Notfahrzeuge, Lastwagen mit provisorisch hergerichteten Sitzgelegenheiten, sind plötzlich aus der Versenkung ihrer sonstgottweiß- wie geheimgelegenen Ställe aufgetaucht; auf der Leipziger Straße sieht man sogar einen regelrechten Kremser entlang rasseln. Und der uralte Berliner Witz: „Kutscher, fahren Sie? — Ja. — Ick loofe!" — der ist auf einmal außer Kraft gesetzt ...

Ego.

Gasschutz?

Die Leser des „Sozialdemokrat" haben vor einigen Tagen von einer Rede des Hamburger Giftgasmagnaten Stoltzenberg über „Gasschutz und Luftschutz" Kenntnis erhalten. Von Zeit zu Zeit pflegen diese Geschäftsfreunde imperialistischer Spekulanten und künftigen Vollstrecker massenmordender Aufträge dem Schreckensbild des Zukunftskrieges, so gut das eben geht, einige Glanzlichter aufzusetzen. Diesmal ging Dr. Stoltzenberg so weit, daß er neben anderen, zumeist irreführenden Beschönigungen im Zuge der Abwehrmaßnahmen gegen feindliche Kampfgase eine wahre Revolution auf dem Gebiete des Städtebaues voraussagte. „Wenn wir 17 Meter oder mehr unter der Erde sind, so sind wir vor allen Gefahren, die aus der Luft drohen können, sicher." Wenn wir ... Wir, das sind in Deutschland 62 Millionen Menschen; rechnet man nur die Bevölkerung in den Großstädten mit mehr als einer halben Million Einwohnern, so ergibt das weit mehr als eineinhalb Millionen ungeschützter Menschen. Aber in Deutschland ist es so weit gekommen, daß die Bürgerhirne, genährt an Papenschwall und Hitlerphrasen, solchen Unfug für wirklichkeitsreife Projekte halten. In Deutschland ist es so weit gekommen, daß Giftgasfabrikanten, in deren Betrieben Arbeiter im Frieden verröcheln sind, in aller Oeffentlichkeit zu Worte kommen und den Gaskrieg in Schutz nehmen; da sitzt ein Kreis von interessierten Fachleuten und zukünftigen Opferlämmern und man erteilt dem Pionier der Technik von vornherein Generalabsolution. Beruhigt geht der Bürger nach Hause, ins friedliche Heim: „Gegen jede Waffe gibt es eine Verteidigung", ein kernigdeutsches Geschäftsprinzip!

Wenn man sich aber vor Augen führt, daß die Dosis zur Vergiftung eines Quadratkilometers mit zehn Tonnen Yperit angegeben wird, so wird man der Ansicht zuneigen, daß die Reklamechefs der Rüstungsindustrie nicht einmal in Deutschland imstande sein werden, ihren Erzeugnissen allgemeine Beliebtheit zu verschaffen.

Aufsehen erregen, wenn auch aus Aerztekreisen über die Möglichkeit eines absoluten Schutzes positive Ansichten geäußert werden. Die „Deutsche Medizinische Wochenschrift" veröffentlichte eben im Anschlusse an einen Vortragszyklus eine Reihe von Aufsätzen über Gaskampf und Gasschutz. Man sieht, das Thema hat im Deutschland der Barone und Junker eine gewisse Aktualität erfahren. Während aber Dr. Stoltzenberg dem Mitbürger, der sein Leben durch Gas und Flammen heimberreiten will, den Aufenthalt im Erdinnern empfiehlt, sind die Auffassungen der Herren Stabsärzte und Medizinalräte schon etwas vorsichtiger. „Das Giftgas ist eine Waffe, die auf den gänzlich ungeschützten Gegner eine verheerende Wirkung ausüben kann, gegen die indessen ein absoluter Schutz möglich ist, sofern man die nötigen chemischen und technischen Kenntnisse besitzt." In einem anderen Artikel über erste Hilfe bei Gasvergiftungen heißt es: „Die Gasmaske bietet einen vollkommenen Schutz gegen alle Gase. Da man aber eine Bevölkerung von 60 Millionen unmöglich mit Gasmasken ausrüsten kann, hat man geplant, die Bevölkerung einzuteilen in einen passiven Teil, das heißt solche, die bei einem Gasangriff zu Hause bleiben können, und einen aktiven Teil, d. h. Verkehrsbeamte, Polizei, Sanitätspersonen, und nur diese mit Masken auszustatten."

Das Erscheinen eines einzigen Bombenfliegers, in welchem Gebiete immer, ganz besonders aber in den in erster Reihe gefährdeten Großstädten und Industriebezirken, wird diese sinnige Einteilung in aktive und passive Kriegsteilnehmer, ungeachtet aller chemischen und technischen Kenntnisse, illusorisch machen. Wie kann guten Gewissens von erster Hilfe und Therapie geredet werden, wo eine Heilung der Vergifteten nie und nimmer möglich sein wird, wenn die Gase den Versprechungen der Lieferanten und Erwartungen der Generäle auch nur in bescheidenstem Maße entsprechen werden. Denn die an sich komplizierte, besondere Geduld und individuelle Maßnahmen erfordernde Behandlung der Gasverletzten muß im Ernstfalle schon daran scheitern, daß es ja gar nicht möglich sein wird, Verletzte und Pfleger aus den Gefahrenzonen zu schaffen. Die Gasmaske kann für kurze Zeit ein guter Schutz sein; einen vollkommenen Schutz gegen alle Gase kann sie niemals bieten; und die Wissenschaft kennt heute Kampfgase, deren Wirksamkeit Tage und Wochen andauern kann.

Das Proletariat wird andere Wege gehen, um vor Giftgas und Fliegerbomben geschützt zu sein. Wir wollen uns nicht in die Erde verkriechen und nicht zu Hause bleiben, wenn Brüder, Frauen, Kinder das Gas der Stoltzenberg & Co. schlucken sollen. Gaskampf? — Gasschutz? Die geeinigte Arbeiterklasse, ein geeintes Weltproletariat muß ihnen zuvorkommen.

C. S.

KPD. unterstützt sozialdemokratischen Volksentscheid

Am 12. September hat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion ein Volksbegehren beantragt, durch das jener Teil der Verordnung des Reichspräsidenten vom 4. September, der sich mit sozialpolitischen Maßnahmen beschäftigt, außer Kraft gesetzt werden soll. Es handelt sich um jene Bestimmungen, durch die der Reichsregierung die Ermächtigung erteilt wird, mit der Sozialpolitik und mit den Arbeiterrechten zu machen, was sie will.

Die Kommunistische Partei hat sich gegenüber diesem Vorstoß der Sozialdemokratie zu einer klaren Stellungnahme lange nicht entschließen können. Sie war offenbar durch die bekannte Theorie vom sozialdemokratischen Hauptfeind, der unter allen Umständen zu bekämpfen sei, stark behindert. Jetzt endlich jedoch veröffentlicht die „Rote Fahne" einen Beschluß der kommunistischen Parteikonferenz, der besagt:

„Sofern es zu irgendeinem Zeitpunkt zur Durchführung eines Volksbegehrens oder Volksentscheids gegen die Notverordnung der Papen-Regierung oder gegen einen Teil derselben kommt, wird die Kommunistische Partei Deutschlands sich mit allen Kräften für dieses Volksbegehren und diesen Volksentscheid einsetzen."

Diese Erklärung der KPD ist selbstverständlich mit den ärgsten Schimpfereien gegen die SPD verknüpft.

Die wirtschaftlichste Lampe

ist die, die bei gegebenem Stromverbrauch das meiste Licht gibt. Darum sollte jeder Lichtverbraucher nur Lampen kaufen, die seit Jahrzehnten bekannt und verbreitet sind. Zu diesen Lampen gehört dank ihrer ersten Qualität die Osram-Lampe. Die Osram-Lampe wird von den gewiegtesten Glühlampen-Fachleuten auf modernsten Maschinen hergestellt, die Osram selbst anfertigt. Man kann wohl verfallene Patente ausnutzen, aber man kann nicht die Maschinen kaufen, auf denen die Osram-Lampen hergestellt werden. Auch die Erfahrungen der Osram sind nicht käuflich zu erwerben.

Erhältlich in den Elektro-Fachgeschäften!

OSRAM

7

PRAGER ZEITUNG.

Chauvinismus und Brutalität. Bekanntlich werden wir seit einiger Zeit von den übelriechenden Abwässern des chauvinistischen Bürgerbetriebes und von anderen Cloakenmündungen überspült. Gleichlaufend finden kriegerische Schaustellungen mit den üblichen Toten und Verletzten zur höheren Ehre des Kriegsgottes statt. Die Brutalität der Sprechweise nimmt zu, — und Fremde sind schon vom Ton allein entsetzt. Alles legt Zeugnis dafür ab, daß nationale, „rassische", konfessionelle Hetzereien zusammenwirken, anfeuernd unterstützt durch eine Zunahme der alkoholischen Betriebsstätten und der Aufpulverungsindustrie konjunktureller Zeitungen, die aus Versehen nicht auf „hygienisches Papier" gedruckt wurden . . . Zeitgemäß verroht eine gewisse Jugend, die oft zu Unrecht verschriene „Peripherie" drängt sich in die Innenstadt hinein, in „bessere" Bezirke „besserer" Menschen. Die Buben von Dejwitz erfanden sich ein viel interessanteres Spiel, als es Yo-Yo ist: auf verschiedenen Bauplätzen sammelten sich die dem Hause treuen, durch den Abbruch des alten Hauses heimatlos gewordenen Katzen. Was kann man mit ihnen netteres tun, als sie mit Steinen und Stöcken zu Tode schmeißen und schlagen und dann durch den Hals hindurch auf einer spitzen Stange aufreihen, ein Tier hinter dem anderen, daß das Blut, noch rauchend-warm, den jugendlichen Helden über die Hände rinnt?!? Dazu wird gejohlt: „. . . bolševiki . . . Němci . . . Židi . . ." Und die älteren Generationen lächeln und lachen zu den „gesunden Instinkten" dieser Jugend, die nie jung war und das nie sein kann. Denn: Jugend, jung sein, das heißt: lebensfreudig, tätig froh, lebensfördernd, fremdes Leben heilig haltend sein . . . gesundes Jungvolk ist nie gemein, brutal, verkommen, krankhaft-grausam, viehisch, neidisch, anderen alles mißgönnend . . . Ob jener oder dieser Nation angehörig: Chauvinismus ist ein Entartungs- und frühes Alterszeichen. Vor Tagen waren es arme, hungernde Katzen, die von der Chauvin-Gesinnung — immer ist Roheit die Grundlage! — gespießt wurden als symbolische Mitbürger, morgen werden es diese selbst sein . . . K. B.

Den Telephonteilnehmern in Žižkov gibt die Staatliche Kabelverwaltung bekannt, daß infolge der Umschaltung der Telephonkabel am 7. d. M. ihre Stationen in den Blocks zwischen folgenden Gassen stromlos sein werden: Karlova třída, Havlíčkova, Orebitská und Husinecká třída.

Gerichtssaal

Unternehmer — Spekulant — Verbrecher.

Die Hetzjagd nach dem Mammon. — Der Lebensroman eines Verdieners.

Prag, 4. November. Alois Exner, 47 Jahre alt, gewesener Fabrikant, Spekulant, Projektemacher und schließlich Großbetrüger gefährlichster Art, stand heute neuerlich vor Gericht. Der Lebenslauf dieses Menschen ist ein unwahrscheinlicher Roman. Exner ist einer von jenen, die nach dem bildlichen Ausdruck des kommerziellen Jargons „über Leichen gehen" womit man in der Welt der Raffer und Verdiener voll kollegialer Anerkennung die absoluteste Skrupellosigkeit im Kampfe um den Profit umschreibt. In einer vernünftig und planvoll organisierten Gesellschaft müßte ein Mensch von den Fähigkeiten und Energien dieses Angeklagten Ungeheueres für die soziale Gemeinschaft leisten können; in einer Weltordnung, die den Profit zum höchsten Prinzip erhebt, entarten solche Menschen zum gemeingefährlichen Außenseiter.

Exner hat vor dem Krieg in Rußland als Maschinenfabrikant ein großes Vermögen erworben. Er kehrte zurück und verpulverte in kurzer Zeit sein ganzes Geld in hasardmäßigen und tollkühnen Börsenspekulationen. Er bot damals (1912) den österreichischen Staatsbahnen eine Erfindung zum Kaufe an, welche Eisenbahnzusammenstöße durch einen von ihm erdachten Prellmechanismus ungefährlich machen sollte. Er erbot sich, in eigener Person auf einer ausrangierten Lokomotive einen regelrechten Zusammenstoß vorzuführen um die Güte seiner Erfindung in der Praxis nachzuweisen. Aber die Eisenbahnbürokraten waren für ein solches Spiel mit dem Leben nicht zu haben. Diese Hoffnung war also fehlgeschlagen.

In dieser Zeit der ärgsten finanziellen Bedrängnis war es, als Exner an einem naßkalten Novembertag in der Station Soběslav beim Besteigen eines Waggons von den schlüpfrigen Stufen des Waggons abglitt und unter den anfahrenden Zug geriet, der ihm beide Füße derart verstümmelte, daß sie amputiert werden mußten. Es herrschte allgemein die Meinung, daß es sich um eine Selbstverstümmelung handle. Alle Einzelheiten, welche für die Ersatzpflicht der Eisenbahn maßgebend waren, waren in anscheinend scharfsinnig berechneter Weise erfüllt. Dennoch konnte man ihm in dieser Richtung nichts Konkretes nachweisen und nach jahrelangem Streit erhielt Exner einen Schadenersatz von 50.000 Goldkronen zuerkannt.

Mit diesem Kapital richtete er sich in Besel a. d. Lužnitz eine pharmazeutische Fabrik ein und verdiente gut, zumal während des Krieges seine „Unternehmerinitiative" auch sonst ein reiches Wirkungsfeld fand. Nach dem Krieg ging es bergab und er verhandelte mit einer Genossenschaft über den Verkauf der Realität. Aber er entschloß sich zu einem einträglicheren, wenngleich kriminellen „Geschäft". Eines Abends ging die hochversicherte Fabrik in Flammen auf. Exner, der sich nach Anlegung des Feuers durch eine rasende Autofahrt nach Prag ein Alibi für die kritische Zeit schaffen wollte, wurde überführt und zu vier Jahren schweren Kerkers verurteilt.

Kaum aus dem Gefängnis entlassen, verübte er sogleich einen frechen Betrug an einem Juwelier, den er um eine große Summe prellte und wanderte neuerlich hinter Schloß und Riegel. Nach Verbüßung dieser neuen Strafe errichtete er in Žilina ein Geschäft mit gebrauchten Autos. Und nun folgen Schlag auf Schlag die in der Klage angeführten Gaunereien. Mit Kleinigkeiten hat sich Exner nicht abgegeben. Seine geringste Beute ist eine Schreibmaschine im Werte von 5000 Kronen. Ferner legt ihm die Anklage zur Last, die Firma „Hellada" um 15.000 Kronen betrogen zu haben. Weiters hat er durch gefälschte Dokumente und Sparkassenausweise vielfach große Beträge herausgelockt; eine Kautionsschwindelei figuriert mit einem Betrag von 60.000 K. Auch wird er des Diebstahls von fünf Automobilen beschuldigt, die er unter falschen Angaben verkaufte u. s. w.

Da sich wichtige Zeugen nicht eingefunden hatten und der Angeklagte nur zum Teil geständig ist, vertagte der Gerichtshof (OGR. Hloušek) die Verhandlung. rb.

Kunst und Wissen

Josef Haydns Nelson-Messe für Soli, Chor und Orchester, die hervorragendste unter seinen Messen, wird am Samstag, den 12. November, um 8 Uhr in der Produktenbörse von der Deutschen Akademie für Musik aufgeführt. Karten 3—12 K bei Wetzler, Wenzelsplatz, Stýblo-Passage.

Wochenspielplan des Neuen Deutschen Theaters. Samstag, halb 8 Uhr: „Cavalleria rusticana" — „Bajazzo". — Sonntag, halb 3 Uhr: „La Bohème" (AA); halb 8 Uhr: „Rose Berndt", Ensemblegastspiel Deutsches Theater Berlin (AA). — Montag, halb 8 Uhr: „Rose Berndt", Ensemblegastspiel Deutsches Theater Berlin (AA). — Dienstag, halb 8 Uhr: „Rigoletto" (A2). — Mittwoch, halb 8 Uhr: „Ich habe einen Engel geheiratet", Uraufführung (B1). — Donnerstag, halb 7 Uhr: „Die Walküre", Verein „Prager Presse" (C1). — Freitag, halb 8 Uhr: „Cavalleria rusticana" — „Bajazzo" (D1). — Samstag, 8 Uhr: „Ich habe einen Engel geheiratet (A1). — Sonntag, 11 Uhr: Kammermusik; halb 3 Uhr: Arbeitervorstellung: „Zigeunerbaron"; halb 8 Uhr: „Die drei Musketiere" (D2).

Wochenspielplan der Kleinen Bühne. Samstag halb 8 Uhr: „Bitte, erhören Sie meinen Mann". — Sonntag, 3 Uhr: „Weekend"; 8 Uhr: „Dreimal Offenbach". — Montag, 3 Uhr: „Dreimal Offenbach" (Bankbeamten I). — Dienstag, 8 Uhr: „Weekend". — Mittwoch 8 Uhr: „Bitte, erhören Sie meinen Mann". — Donnerstag, 8 Uhr: „Bitte, erhören Sie meinen Mann". — Freitag, 8 Uhr: „Coeur-Bub" (Kulturverbandsfreunde) — Samstag, 8 Uhr: „Dreimal Offenbach" — Sonntag, 3 Uhr: „Arm wie eine Kirchenmaus"; 8 Uhr: „Weekend".

Mitteilungen aus dem Publikum.

Achtung! Osram-Lampen billiger! Die Osram-A.-G. macht aufmerksam, daß die Preise bei den Haupttypen für Osram-Lampen ab Oktober d. J. bedeutsam herabgesetzt wurden. Die Ermäßigung beträgt durchschnittlich 12.5 Prozent. Anläßlich des beginnenden Herbstes ist die Verbilligung zu begrüßen. 1719

Sport • Spiel • Körperpflege

Das Fußballspiel abgelehnt.

Schwerathletik eingeführt.

Vom 28. bis 30. Oktober fand in Prag der Verbandstag der tschechoslowakischen Arbeiterturnvereine (DTJ.) statt. Als Vertreter der SASI. nahm Bühren (Leipzig), für den Askö Oesterreichs Gastgeb (Wien) und für den Aussiger Verband Erlacher (Teplitz) und Schrader (Prag) an den Beratungen teil. Gleichzeitig tagten auch die Vorturner, Erzieher und Samariter. Die Vorturnertagung beschloß unter anderem die Einführung aller Kraftsportarten, mit Ausnahme des Boxens.

Die Anträge auf Einführung des Fußballspiels wurden auf der Vorturnertagung als auch auf dem Verbandstag abgelehnt.

Die Arbeitersportinternationale wird nun ihren früher gefaßten Beschluß verwirklichen müssen, das Fußballspiel unter den tschechischen Arbeitern zu organisieren und eventuell einen eigenen tschechischen Arbeiterfußballverband zu bilden. Aus dem großen Arbeitsprogramm ist die Festsetzung des dritten tschechoslowakischen Arbeiter-Turn- und Sportfestes für 1934 in Prag zu erwähnen. Bei der Frage der Stellung zur staatlichen Körpererziehung zeigte es sich, daß die meisten Funktionäre einen schärferen Kampf gegen die Sokolbewegung wünschen. Die Verbandsleitung wurde wiedergewählt.

Drei-Verbandskampf im Arbeiter-Tisch-Tennis.

12. und 13. November in Prag.

Die Arbeiter-Tisch-Tennis-Bewegung in der Tschechoslowakei ist zwar noch verhältnismäßig jung, besitzt aber trotzdem schon eine gewisse Spielstärke. In internationaler Beziehung ist sie aber noch nicht in Erscheinung getreten und wird nun in dem am 12. und 13. November in Prag stattfindenden Drei-Verbandskampf Oesterreich—Aussiger Verband—DTJ. ihre Feuertaufe erhalten. Die österreichische Mannschaft ist sehr spielstark und die Vertreter der beiden Verbände in der Tschechoslowakei sind daher vor keine leichte Aufgabe gestellt. Den Aussiger Verband vertritt Atus Prag, dessen endgültige Mannschaftsaufstellung sowie die der DTJ. wir noch mitteilen werden. Die Kämpfe finden im Heim auf der Hetzinsel statt und wir ersuchen schon heute unsere Genossen, für einen zahlreichen Besuch Sorge zu tragen.

Die Besten im Speer- und Diskuswerfen

der Arbeiter-Sportinternationale in dieser Saison.

In der Liste der zehn besten Speerwerfer der SASI. in diesem Jahre stehen: Takkinen (Finnland) 60.39 Meter; Drache (Deutschland) 59.28; Pukander (Finnland) 58.02; Riipinen (Finnland) 57.61; Racenaj (Lettland) 56.91; Beijola (Finnland) 56.10; Olsen (Norwegen) 55.95; Heinonen (Finnland) 55.75; Kaatonen (Finnland) 55.73; Kothbauer (Oesterreich) 55.68 Meter.

Die zehn besten Diskuswerfer des Jahres 1932 sind: Eriksen (Norwegen) 47.18 Meter; Lehto (Finnland) 43.12; Franzen (Finnland) 42.37; Wotapek (Oesterreich) 42.35; Selin (Finnland) 42.30; Saaristo (Finnland) 41.67; Sundvall (Finnland) 41.55; Peltonen (Finnland) 41.52; Jiponnen (Finnland) 41.31; Myrvold (Norwegen) 40.31 Meter.

Sozialdemokratische Frauenorganisation, Prag

Mittwoch, den 9. November

Frauen-Abend.

Thema: Aktuelle Frauenprobleme.
Vortragende die Genossinnen: Lotte Bělina und Dr. Karla Schwelb.
Anschließend Diskussion.
Lokal: Hotel Monopol (gegenüber Masaryk-Bahnhof).
Beginn: 8 Uhr abends.

Aus der Partei

Arbeitsgemeinschaft der deutschen proletarischen Organisationen, Prag.

Partei-Abendschule.

Kurs I. Lokal: Küchensaal Prag II., Fügnerovo nam 4. Beginn: Dienstag, den 8. November 1932, 8 Uhr abends.

„Die ökonomischen Lehren des Marxismus."

Gen. Hofmann.

Kurs II. Lokal: Studentenheim Prag I., Bartolomejská (Gewerkschaftshaus). Beginn: Dienstag, den 8. November 1932, 8 Uhr abends.

„Die Wirtschaft im Lichte des Marxismus."

Gen. Dr. Emil Strauß.

Die Kursteilnehmer werden gebeten, am ersten Abend pünktlich halb 8 Uhr anwesend zu sein.

Bezirksorganisation Prag. Montag, den 7. November, um 7 Uhr abends, im Sozialdemokrat, Zimmer Dr. Strauß, Sitzung der Bezirksexekutive.

Jugendbewegung.

Freie Vereinigung soz. Akademiker — S. J. II. Sonntag, den 6. November, Wanderung (nur für S. J. II.); alle kommen. Zusammentreffen um 9 Uhr vormittags Endstation der 17er in Branik. — Montag, den 7. November, spricht Genosse H. Thorn (Brünn) im Heim über den „Volkssportprozeß", 8 Uhr. ½7 Uhr Ausschußsitzung. — Dienstag beginnen die Abendkurse der Arbeitsgemeinschaft (I. Kurs in der Gec., II Kurs im Heim). Zutritt haben nur jene, die sich dafür angemeldet haben. — Mittwoch, den 9. November, besuchen wir den Gruppenabend der S. J. I („Die Lage nach dem Parteitag", Genosse Krejči). — Freitag, den 10. November, Kreisveranstaltung, Genosse K. Kern: „Kampf um den Frieden".

In das Heim des klassenbewußten Arbeiters gehört d. Zentralorgan.
der Deutschen sozialdemokr. Arbeiterpartei
— „Sozialdemokrat" —

Centralbank der deutschen Sparkassen in der Čechoslovakischen Republik.
Hauptanstalt: Prag II., Bredauergasse 14.
Zweigniederlassungen:
Aussig, Brünn, Eger, Jägerndorf, Reichenberg, Č. Teschen, Trautenau, Troppau.
Die Bank der deutschen Sparanstalten und Gemeinden.
1487

Literatur

„Das Neue Universum." 53. Band. Die interessantesten Erfindungen und Entdeckungen auf allen Gebieten sowie Reiseschilderungen, Erzählungen, Jagden und Abenteuer. Mit einem Anhang zur Selbstbeschäftigung: Häusliche Werkstatt. 464 Seiten mit 355 Abbildungen im Text und 13 Beilagen. In Leinen RM. 6.80. (Union Deutsche Verlagsgesellschaft in Stuttgart.) Der Reiz dieses stattlichen vielseitigen Jahrbuches liegt in einer geschickten Mischung von Technik, Abenteuer, Reise, Naturgeschichte, Bastelei und einer Fülle zum Teil farbiger Bilder. Da gibt es was zu schauen, da zu rechnen, zu raten, da nachzudenken, zu staunen, da nur zu lesen und mitzuerleben — kurz man braucht das Buch nur aufzuschlagen und schon steckt man mitten in der Freude drin. Der neueste, 53. Band bringt 464 Seiten mit 355 interessanten Abbildungen im Text und 13 farbige Beilagen in der bekannten mustergültigen Ausstattung der früheren Bände. Es darf gesagt werden, daß das „Neue Universum" unter den Jugend-Jahrbüchern in vorderster Reihe steht, sowohl was den Inhalt wie die Preiswürdigkeit anbelangt. Was es bietet, ist mit staunenswerter Sorgfalt ausgesucht und zusammengestellt, ein Buch, das unterhält und belehrt in einem Maße, daß jeder damit beschenkte Junge daran seine helle Freude haben wird.

René Fülöp-Miller: „Macht und Geheimnis der Jesuiten." Eine Kultur- und Geistesgeschichte der letzten vier Jahrhunderte Vollständige Text-Ausgabe mit 66 Bildbeigaben. Umfang 664 Seiten. Im Verlag von Th. Knaur Nachf., Berlin. Ganzleinenband RM 2.85, Halblederband RM 3.75, Ganzlederband RM 4.80. Bei dem Geheimnis, das für die nichtkatholische Welt den Jesuitenorden auch heute noch umgibt, bei der Macht, die man ihm im Getriebe des Weltgeschehens, ob mit Recht oder Unrecht, auch heute noch zuschreibt, ist es dankbar zu begrüßen, daß ein Werk über „Macht und Geheimnis der Jesuiten" in einer jedermann zugänglichen billigen Ausgabe erscheint. Als René Fülöp-Miller vor einigen Jahren sein Buch in einer teueren Ausgabe zu RM 28.—, die zu erwerben nur den Begüterten möglich war, erscheinen ließ, wurde es bereits viel gelesen. Die gesamte Presse, ob freundlich oder feindlich zu den Jesuiten eingestellt, pries mit lebhafter Anerkennung das hier, bei souveräner Beherrschung des Stoffes, verarbeitete gewaltige Material. Nun ist es durch den billigen Preis in vollständiger, sogar auf den Stand der heutigen Forschung ergänzten und nach dem der jetzigen politischen Konstellation hin erweiterten Text-Ausgabe jedermann zugänglich geworden. Man wird begierig zu diesem ausgezeichneten Führer durch die geheimnisvolle Entwicklungsgeschichte des Jesuitenordens greifen, dem eine mit Scheu gemischte Neugier so gern nachspürt. Die Lektüre ist bei dem flüssigen und dramatisch bewegten Stil des Verfassers ein wahrer Genuß. Sie ist erleichtert durch die beigefügten Erläuterungen philosophischer und theologischer Fachausdrücke, die eine Gewähr dafür bieten, daß dieses Buch von jenen weiten Kreisen, für die es durch seinen Preis, sein Thema und seine Ausstattung bestimmt ist, mit Freuden aufgenommen werden wird.

Die richtige Brille
Optiker Deutsch
Prag II., Příkopy, Palais Koruna.

Besuchet das Bad PRAG-Klimentska
1458

Anglo-Elementar
Versicherungs-Aktiengesellschaft in Wien
Direktion für die Č. S. R. in Prag.
General-Agentschaft Reichenberg
empfiehlt sich zum Abschluß von Feuer-, Unfall-, Haftpflicht-, Einbruch-, Auto-, Transport-, Pferde- und Viehversicherungen zu kulanten Preisen. 5743
Bargarantiemittel in der Č. S. R. 56 Millionen.
Büros: Prag, Narodni tř. 17.
Reichenberg, Schützeng. Nr. 21.
Brünn, Theatergasse Nr. 6.

Herausgeber: Siegfried Taub — Chefredakteur: Wilhelm Kießner — Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß, Prag. — Druck: „Roto" A.-G. für Zeitung- und Buchdruck, Prag. — Für den Druck verantwortlich: Otto Holik, Prag. — Die Zeitungsmarkenfrankatur wurde von der Post- u. Telegraphendirektion mit Erlaß Nr. 13.800/VII/1930 bewilligt — Bezugsbedingungen: Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post monatlich Kč 16.—, vierteljährlich Kč 48.—, halbjährig Kč 96.—, ganzjährig Kč 192.—, — Inserate werden laut Tarif billigst berechnet. Bei öfteren Einschaltungen Preisnachlaß. — Rückstellung von Manuskripten erfolgt nur bei Einsendung der Retourmarken.